

E+Z

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

2,20 Euro
Jg. 61
2020/05-06

NICOLAS ZUËL
WALDSCHUTZ IN MAURITIUS

GERD MÜLLER
CORONA BESIEGEN WIR WELTWEIT
ODER GAR NICHT

GILBERTO SCOFIELD JR.
COVID-19: BRASILIENS MISINFODEMIE

GLORIA LAKER ACIRO ADIIKI
UGANDA: HOLZFEUER STATT
STROMANSCHLUSS

JAKKIE CILLIERS
AFRIKAS ENERGIEWENDE

NAWID PAIGHAM
AFGHANISTANS DÜSTERE AUSSICHTEN

WWW.DANDC.EU



Demografische Trends

Autoren aus aller Welt

Unsere Leser sind potenzielle Autoren. Wer etwas zu E+Z/D+C beitragen will, ist herzlich eingeladen, uns einen Vorschlag zu schicken, der in zehn bis zwölf Sätzen das Thema und die Kernbotschaft skizziert.

Unser Auftrag ist es, ein glaubwürdiges internationales Diskussionsforum zu organisieren. Entsprechend sind wir besonders an Beiträgen aus Afrika, Asien und Lateinamerika interessiert. Wir wollen Autoren Platz geben, die in Geberländern gewöhnlich nur wenig oder gar keine Aufmerksamkeit bekommen. Globale Probleme lassen sich nur gemeinsam lösen – und dafür müssen Stimmen aus dem globalen Süden Gehör finden. Wer zu unserem Programm – auch auf der Website www.dandc.eu – beitragen will, schreibt bitte eine Mail an: euz.editor@dandc.eu



Unser e-Paper erscheint spätestens am ersten Arbeitstag jedes Monats. Es kann kostenfrei von www.dandc.eu heruntergeladen werden und entspricht weitgehend den monatlichen Druckheften, die wir bis 2015 produzierten.

Weshalb wir dieses Heft anders gestaltet haben als die vorherigen

Es heißt immer wieder, die Covid-19-Krise verändere alles. Das Konzept unseres Druckhefts hat sie jedenfalls verändert. Das reformierte Konzept, das wir bereits in diesem Heft umsetzen, hilft uns, schneller und flexibler auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Wir werden diesen Fortschritt nach der Pandemie nicht wieder aufgeben.

Das Heft entspricht ab sofort stärker gewohnten Zeitschriftenkonventionen und enthält mehr Segmente als bislang. Die Schwachpunkte unseres bisherigen Konzeptes mit zwei gleichberechtigten Schwerpunkten waren, dass jedes Heft nur Beiträge zu einem recht eng definierten Themenspektrum enthielt und dadurch recht schulbuchähnlich wirkte. Andererseits erforderte dieses Konzept eine aufwändige und langfristige Planung zur Optimierung des Schwerpunkts.

Jetzt gliedern wir das Druckheft anders:

- Nach den ersten beiden Doppelseiten mit Inhalt, Heutzutage und Impressum folgt das Segment „Magazin“ mit Beiträgen zu unterschiedlichen Themen von großer internationaler Relevanz.
- Krisenbedingt folgt darauf das „Covid-19-Tagebuch“, das wir solange wie nötig beibehalten werden.
- Der Schwerpunkt entspricht unseren bisherigen Schwerpunkten und soll das jeweilige Thema (diesmal Bevölkerungswachstum und -alterung) möglichst umfassend und abschließend abdecken.
- Das Segment „Agenda – Politik für Nachhaltigkeit“ ist neu. Es ist ein Kurz-Schwerpunkt mit Beiträgen zu einem Thema von anhaltender Bedeutung (diesmal Energie). Es korrespondiert mit einem e-Paper-Schwerpunkt, und Beiträge zum Thema werden wir auch in künftigen Heften bringen, sodass wir das Thema über längere Zeit pflegen – mit möglichst interessanten Artikeln, aber ohne Vollständigkeitsanspruch. Über mehrere Hefte hinweg bringen wir vielmehr wichtige und interessanteste Aspekte.
- Den Heftabschluss bildet die Debatte mit Meinungsbeiträgen.

Das neue Konzept ist dem alten aus mehreren Gründen überlegen. Das einzelne Druckheft wird ansprechender, weil es eine größere Themenvielfalt enthält. Es eignet sich dadurch auch besser für die Auslage bei Veranstaltungen und dergleichen. Die Redaktion gewinnt an Flexibilität, die auch unseren e-Papern und der Website zugutekommt.

Über die Neukonzeption hatten wir schon eine Weile nachgedacht. Die Redaktionspraxis hatte nämlich gezeigt, dass aktuelle Entwicklungen uns zunehmend in die Quere kommen. In den vergangenen Monaten bestand immer wieder zwischen der Veröffentlichung im e-Paper und dem Erscheinen des Druckhefts großer Aktualisierungsbedarf. Das war wegen Brexit bei dem EU-Schwerpunkt (E+Z/D+C Druckheft 2020/01-02) so und wegen Covid-19 bei dem Gesundheitsschwerpunkt (2020/03-04) der Fall. Wir können diesen Mehraufwand gelegentlich leisten, auf Dauer ist unser Team dafür aber zu klein.

Das neue Konzept macht uns als Redaktion agiler, so dass Heft und Website überzeugender werden. Wir beackern aber weiterhin pro Jahr zwölf zentrale Themenfelder – die Hälfte davon mit dem alten Vollständigkeitsanspruch und die andere Hälfte mit Spielraum für aktuelle Reaktionen auf unvorhergesehene Entwicklungen.



HANS DOMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

Heutzutage

- 4 Gloria Laker Aciro Adiiki: Covid-19 belastet Ugandas Arme besonders | Rabson Kondowe: In Malawi nähren Freiwillige Millionen von Schutzmasken | Impressum

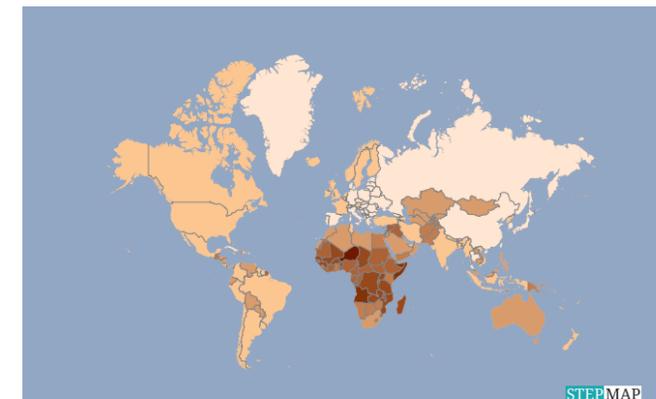
Magazin

- 6 Nicolas Züel im Interview mit Katja Dombrowski: Invasive Arten bedrohen Wald auf Mauritius | Hans Dombrowski: Zwei Wirtschaftsnobelpreisträger fordern Paradigmenwechsel in ihrer Wissenschaft

Covid-19-Tagebuch

- 10 Karim Okanla: Afrika braucht die WHO | Gerd Müller: Die BMZ-Strategie zu Covid-19 | Kathrin Berensmann: Schuldenerlass ist notwendig | Gilberto Scofield Jr.: Brasiliens Misinfodemie | Markus Loewe: Universelles Grundeinkommen testen | Arfa Khanum Sherwani: Hass-Rhetorik in Indien nimmt Bezug auf Coronavirus

Schwerpunkt: Demografische Trends



Die Weltbevölkerung wächst langsamer als früher, altert aber zunehmend. Weltweit stehen Gesellschaften vor großen Herausforderungen. Nötig sind Beschäftigung und Zukunftsaussichten für junge Leute sowie gute Versorgung der Senioren.

- 18 **SAMIR ABI**
Afrika braucht Millionen neuer Arbeitsplätze, um demografische Dividende zu erzielen
- 20 **HANS DOMBOWSKI**
Afrikas Regierungen stehen vor riesigen wirtschafts- und sozialpolitischen Herausforderungen

- 22 **FLORIAN JÜRGENS**
Soziale Sicherung für Afrikas Senioren

- 24 **ALISA KAPS**
Alterung stellt Gesellschaften weltweit vor Probleme

- 27 **MAHWISH GUL**
Worum es bei sexueller Aufklärung wirklich geht – und warum sie unverzichtbar ist

- 29 **FELIX LEE**
Chinas Ein-Kind-Politik hat katastrophale Folgen für Millionen alte Menschen

- 31 **RICHA ARORA**
Sicherheitssysteme in Entwicklungsländern brauchen Ausgleich für Abwanderung von Fachkräften

- 32 **SARAH JOSEF**
Fachliteratur: UN-Prognosen zu demografischen Trends

Agenda: Energie

- 33 **GLORIA LAKER ACIRO ADIIKI**
Uganda deckt 90 Prozent des Energiebedarfs mit Biomasse

- 34 **JAKKIE CILLIERS**
Afrika ist großen Klimarisiken ausgesetzt, trägt aber selbst wenig zur Erderhitzung bei

- 36 **FRIEDERIKE BAUER UND ACHIM NEUMANN**
Die weltweite Energiewende kann nur mit dem Ausbau von Speichermöglichkeiten und flexibleren Netzen gelingen

- 38 **NORA SAUSMIKAT UND QUIRIN JETSCHKE**
Chinas Energiepolitik ist voller Widersprüche

- 40 **AVIVA FREUDMANN**
Der auf niedrigem Niveau schwankende Ölpreis zeigt, dass die OPEC ihre einstige Macht verloren hat

- 41 **KATJA DOMBROWSKI**
Globale Pandemie bietet Chance für Wandel

Debatte

- 42 **NAWID PAIGHAM**
Nach Abzug der US-Truppen droht in Afghanistan abermals Chaos

- 43 **JOACHIM VON BRAUN UND TEKALIGN SAKKETA**
Afrika braucht Beschäftigungsprogramme

Zweimal täglich Getreidebrei

Den Armen in Uganda macht die Ausgangssperre wegen Covid-19 schwer zu schaffen. Die Regierung hat unterdessen begonnen, Lebensmittel an Bedürftige zu verteilen.

Rachel Namaganda ist eine arbeitslose Mutter mit fünf Kindern im Alter von vier bis 13 Jahren. Die Familie lebt im Wakiso Distrikt, der die Hauptstadt Kampala umgibt. Rachel sagt, sie tue sich mit der Ernährung ihrer Kinder schwer: „Wenn morgens die Sonne aufgeht, weiß ich nicht, was ich ihnen zu Essen geben kann.“ Derzeit gibt es täglich nur zwei Mahlzeiten – und beide bestehen aus Getreidebrei. So ergeht es zurzeit vielen Menschen.

Hillary Onok, Ugandas Minister für Nothilfe und Flüchtlinge, schätzt, dass 30 Prozent der städtischen Bevölkerung aktuell humanitäre Unterstützung braucht. Präsident Yoweri Museveni ließ zuerst Schulen und Gotteshäuser schließen. Versammlungen wurden auch verboten. Später wurden der öffentliche Nahverkehr sowie jegliche nichtessenzielle Arbeit eingestellt. Nachts herrscht Ausgangssperre. Diese Regeln gelten bis zum 5. Mai. Das Land wirkt wie gelähmt, und viele Ugander konnten sich keine Lebensmittelvorräte anlegen.

Die Preise steigen schnell. Mancherorts kostet ein Kilo Bohnen jetzt 6000

Uganda Schilling – doppelt so viel wie im Februar. Die Regierung hat vor Preistreiberi gewarnt und einige Händler deshalb sogar festnehmen lassen. Not und Verzweiflung treiben die Preise dennoch in die Höhe. Zu wenig Nahrung zu bekommen, ist für kranke Menschen besonders schlimm, denn es reduziert ihre Genesungschancen.

Positiv ist, dass die Regierung begonnen hat, Lebensmittel wie Maismehl, Bohnen und Salz an bedürftige Bevölkerungsgruppen in Kampala und den Vororten zu verteilen. Kranke bekommen zusätzliche Lebensmittel wie Zucker und Milchpulver. Das ist ein guter Anfang, aber viele Notleidende werden gar nicht erreicht.

Nahrungsknappheit ist nicht das einzige Problem. Eine Frau, die aus dem Kongo geflohen ist und sich im Wakiso District ein Zimmer gemietet hat, klagt darüber, dass sie sich mit zwölf Nachbarn ein Badezimmer teilt. Sie spricht von einem „Albtraum“ und fürchtet, sie können sich durch Berühren einer kontaminierten Türklinke mit Covid-19 infizieren. Sie sagt: „Ich habe mehr Angst vor dem Coronavirus als vor Hunger.“

Die Nerven sind angespannt, und häusliche Gewalt nimmt zu. Der Verband der Anwältinnen (Federation of Women Lawyers) berichtet, es würden mehr Fälle gemeldet als sonst. Die Vorsitzende, Lillian Adriko, sagt, innerhalb von einer Woche hätten 29 Anrufer von häuslicher Gewalt berichtet. Das habe mit der angespannten Wirtschaftslage zu tun. Die Zahl ist hoch angesichts der Tatsache, dass häusliche Gewalt tabu ist und die meisten Fälle nicht gemeldet werden. Oft sind die Männer betrunken. Derzeit scheint es aber auch oft Streit darüber zu geben, wer wie viel zu essen bekommt. Die Anwältinnen appellieren an traditionelle und örtliche Führungspersonlichkeiten, nach Möglichkeit schlichtend einzugreifen.

Medienberichten zufolge waren bis Dienstag, den 12. Mai, 122 Covid-19-Infektionen in Uganda gemeldet worden. Tote waren nicht zu beklagen.



GLORIA LAKER ACIRO ADIIKI
ist Journalistin in Uganda. Als Aktivistin engagiert sie sich zudem in der Unterstützung

von Flüchtlingen.
Twitter: @GloriaLaker

Masken für alle Malawier

Da das Coronavirus weiterhin weltweit wütet, besteht allerorts ein massiver Mangel an Mundschutzmasken. Dies hat Menschen auf der ganzen Welt – so auch in Malawi – motiviert, eigene Masken zu nähen.

Eine Armee von Freiwilligen in ganz Malawi ist damit beschäftigt, Masken aus vor Ort verfügbaren Materialien wie Baumwolle, Kleidung und anderen Stoffstücken zu nähen. Diese gemeinnützige Kampagne läuft unter dem Namen #Masks4AllMalawi.

Bisher wurden über 3 Millionen Masken hergestellt und die Freiwilligen schaffen es mittlerweile, eine halbe Million Masken pro Woche zu produzieren. Diese werden an möglichst viele Menschen im ganzen Land kostenlos verteilt.

Bei den Gesichtsmasken handelt es sich nicht um Atemschutzmasken medizinischer Qualität oder im N95-Standard, die Partikel wie das Coronavirus filtern und einem US-Standard entsprechen. Selbstgemachte Masken wurden jedoch vom Gesundheitsministerium Malawis zugelassen, da medizinische Masken derzeit knapp sind.

Es gibt eine Debatte über die Wirksamkeit der Stoffmasken. Sie sollen nicht die Person, die sie trägt, vor einer Infektion schützen, sondern die Menschen um sie herum. Doktor Gama Petulo Bandawe, der leitende Virologe der #Masks4AllMalawi-Kampagne, sagt, dass es der öffentlichen Gesundheit dient, wenn alle Masken tragen. Das würde das Virus eindämmen, auch wenn es dazu bislang keine gesicherten wissenschaftlichen Daten gibt.

#Masks4AllMalawi wird vom internationalen Netzwerk Hestian Project unterstützt, einem Programm, das normalerweise die Verwendung von saubereren Kochherden fördert, um Luftverunreinigung in den Haushalten zu reduzieren. Conor Fox, einer der Organisatoren der Kampagne und Mitbegründer des Hestian Project, sagte, dass die Masken über verschiedene Kanäle verteilt werden, unter anderem über das Netzwerk von 3000 Herdproduzenten in 200 Dörfern, das über 3,5 Millionen Malawier erreicht.



#Masks4AllMalawi hat bereits über 3 Millionen Masken hergestellt.

„Wir sind eine Gruppe von über 40 Beratern, Experten und Freiwilligen, darunter Epidemiologen und Virologen, die versuchen, den Menschen in Malawi zu helfen, schnell auf das Coronavirus reagieren zu können“, erklärt Fox. Das Hestian Project hat eine halbe Million Euro an Spenden für das Maskenprojekt gesammelt.



Foto: Masks4AllMalawi

Malawi verzeichnet derzeit 56 Covid-19 Fälle und drei Todesfälle (Stand 11. Mai). Im April kündigte die malawische Regierung eine 21-tägige Ausgangssperre an, die vom Obersten Gerichtshof gestoppt wurde (siehe Raphael Mweninguwe im Covid-19-Tagebuch in E+Z/D+C e-Paper 2020/05). Die Richter trugen den Sorgen der Kleinhändler Rechnung, die befürchteten, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Die Bürgerinnen und Bürger werden nun aufgefordert und nicht verpflichtet, so zu handeln, dass die Ausbreitung von Covid-19 verhindert wird.

Etwa 90 Prozent der Malawier arbeiten im informellen Sektor, was bedeutet, dass viele Menschen von der Hand in den Mund leben. Eine Ausgangssperre würde die Ernährungssicherheit der Armen stark gefährden.

LINK

#Masks4AllMalawi:
<https://www.masks4allmalawi.org>



RABSON KONDOWE
ist ein Journalist aus Blantyre, Malawi.

kondowerabie@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
61. Jg. 2020
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178
Diese Ausgabe wurde am 18.5.2020 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Dagmar Wolf (Assistenz)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk, Katja Dombrowski,
Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),
Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

NATURSCHUTZ

Invasive Arten bedrohen den Wald

Einst war fast ganz Mauritius von Wald bedeckt, heute ist davon nur noch ein kleiner Rest übrig. Einheimische Arten sind besonders gefährdet. Die Privatinitiative Ebony Forest forstet ein Gebiet, das sie für diesen Zweck gekauft hat, mit hauptsächlich endemischen Arten auf. Naturschutzmanager Nicolas Zuël beschreibt die Arbeit.

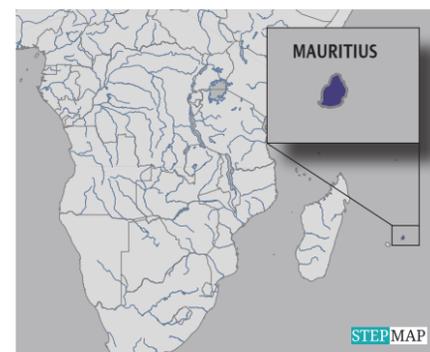
Nicolas Zuël im Interview mit Katja Dombrowski

Können Sie einen kurzen Überblick über die Situation der Wälder in Mauritius geben?

Natürlich. Bevor Mauritius vor rund 400 Jahren kolonisiert wurde, waren 90 Prozent seiner Landfläche von Wald bedeckt. Die Europäer, angefangen mit den Niederländern, haben den Wald abgeholzt, um das Holz zu nutzen und um Platz für Plantagen zu schaffen. Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1968 wurden viele weitere Waldflächen gerodet, um den Anbau von Zuckerrohr auszudehnen, Mauritius' wichtigstem landwirtschaftlichem Erzeugnis. Heute sind nur noch rund zwei Prozent des ursprünglichen Waldes erhalten. Insgesamt sind 17,2 Prozent der Landfläche bewaldet, aber hauptsächlich mit nichteinheimischen Arten. Leider nimmt der Waldanteil jedes Jahr um weitere 0,51 Prozent ab.

Was sind denn aktuell die größten Gefahren für Mauritius' Wälder?

Die verbliebenen grünen Bereiche der Insel, vor allem entlang der Küste, sind von der



Urbanisierung bedroht. Die Bevölkerung wächst, und die Menschen werden wohlhabender und wollen in ihren eigenen Häusern statt in Wohnungen wohnen. Daher werden viele neue Häuser gebaut. Aber die größte Bedrohung für den einheimischen Wald stellen invasive Arten dar.



Führerin im Ebony Forest neben einem Ebenholzbaum.

Wie ist es mit dem Klimawandel? Wirkt er sich auch auf die Wälder aus?

Ja, die Niederschläge ändern sich und die Temperatur steigt. Wenn beispielsweise starker Regen zu früh im Jahr kommt, können die Blüten der Bäume abfallen, bevor sie bestäubt wurden. Dann können sie keine Samen produzieren und sich nicht verbreiten. Durch die gestiegenen Temperaturen ziehen sich Insekten in höher gelegene Gebiete zurück, was die Bestäubung negativ beeinflussen kann. Außerdem verlieren manche Pflanzen, die es gern etwas kühler mögen, Teile ihres Lebensraums. Die Trockenzeit ist zudem länger geworden: Wir haben jetzt große Trockenheit von August bis Dezember.

Stehen die verbliebenen Wälder in Mauritius unter Schutz?

Es gibt zwei Nationalparks und mehrere Naturschutzgebiete. Insgesamt sind 31 Prozent der bewaldeten Fläche geschützt. Andererseits bedeutet das, dass der Großteil der Wälder nicht geschützt ist – die Menschen können sie nach Belieben nutzen.

Was unternimmt die Regierung noch, um die Wälder zu schützen oder wieder aufzuforsten?

In den Nationalparks und Naturschutzgebieten findet eine gewisse Aufforstung statt, aber sie ist sehr begrenzt. Unsere Arbeit bei Ebony Forest ergänzt das, was der Staat tut.

Er unterstützt uns zum Beispiel, indem er uns Setzlinge zur Verfügung stellt, die wir in unserem Aufforstungsprogramm nutzen können.

Ebony Forest wurde 2005 mit dem Ziel gegründet, „Mauritius' Wälder zu retten“. Was machen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?

Die Gründer, ein mauritisch-australisches Paar mit einer großen Liebe zur Natur, haben von ihrem privaten Geld 50 Hektar Land gekauft. Dieses Land verwandeln wir in einen Wald, der aus einheimischen Arten besteht. Bisher sind 17 Hektar wiederhergestellt. Unsere Hauptaktivität ist die Aufforstung. Dafür entfernen wir zuerst die invasiven Arten und pflanzen dann einheimische, zum Beispiel Ebenholzbäume, unsere Namensgeber. Es gibt elf endemische



17 Prozent der Landfläche Mauritius' ist bewaldet.

Ebenholzarten in Mauritius. Wir machen diese Arbeit seit mehr als zehn Jahren und haben seitdem 143.000 Pflanzen gepflanzt, hauptsächlich Bäume. 2018 war der Wald so weit, dass er einige Vögel aufnehmen konnte. Wir haben je 50 Exemplare von zwei endemischen Vogelarten ausgesetzt, dem Mauritiusittich und der Rosentaube. Die Tauben haben schon Nachwuchs bekommen. Die Vögel sind wichtig für den Wald, weil sie Samen verbreiten. Als nächstes wollen wir endemische Schnecken und weitere Vogelarten aussetzen.

Wieso legen Sie so viel Wert auf endemische Arten?

Das Ökosystem in Mauritius ist extrem empfindlich. Da die Insel so eine isolierte Lage hat, sind die endemischen Arten es nicht gewohnt, mit invasiven Arten klarzukommen. Manche der Pflanzen, die die Europäer nach Mauritius gebracht haben, wachsen sehr schnell und breiten sich in einem Maße aus, dass sie die einheimischen Arten komplett verdrängen. Heute sind 89 Prozent der endemischen Pflanzenarten vom Aussterben bedroht. Zwei invasive Arten bereiten uns im Ebony Forest besonders große Probleme: die Chinesische Guave und Tecoma-Bäume. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kolonisten auch Vögel aus Asien hergebracht haben. Darunter ist zum Beispiel der Rotohrbühl, der die Guaven frisst und deren Samen verbreitet.

Ein anderer Teil der Arbeit von Ebony Forest widmet sich der Bildung und Aufklärung. Worum geht es da im Einzelnen?

Wir arbeiten mit Schülerinnen und Schülern, um ihnen den Wert der Wälder zu vermitteln. Sie besuchen mit ihren Lehrern zusammen Ebony Forest und nehmen hier an verschiedenen Aktivitäten teil. Zum Beispiel pflanzen sie Bäume, machen eine Schatzsuche oder lösen ein Rätsel in unserem Naturkundemuseum. Die Kinder sind unsere Zukunft – es ist sehr wichtig ihnen klarzumachen, wie bedeutsam der Wald ist. Die Menschen in Mauritius haben traditionell Angst vor dem Wald; sie fürchten sich vor bösen Geistern, die angeblich dort ihr



Einheimische Fauna hängt von einheimischer Flora ab: Der Blauschwanz-Taggecko ist endemisch in Mauritius.

Unwesen treiben. Aber in der jungen Generation ändert sich das. Wir nehmen ein wachsendes Interesse an Umwelt und Natur wahr. Wenn wir erreichen wollen, dass die künftigen Generationen dafür kämpfen, das Naturerbe des Landes zu beschützen, müssen sie es in einer Weise erfahren, die sie beeindruckt und die sich ins Gedächtnis einprägt. Kinder, aber auch Erwachsene, so wieder mit der Natur zu verbinden, ist unsere größte Herausforderung.

Auch Touristen können Ebony Forest besuchen und sogar selbst Bäume pflanzen. Dienen die touristischen Aktivitäten dazu, Geld für das Projekt einzunehmen?

Mit unserer Ökotourismus-Komponente wollen wir zeigen, dass Mauritius mehr zu bieten hat als schöne Landschaften und traumhafte Strände. Manche Touristen, die hierher kommen, haben überhaupt keine Ahnung von endemischen Arten. Ein Teil davon ist also Bildung. Aber das Hauptziel ist tatsächlich, mit dem Tourismus die Naturschutzarbeit zu finanzieren. Viele der Besucher sind so beeindruckt von unserer Arbeit, dass sie sie – zusätzlich zu dem, was sie für Touren und andere Aktivitäten bezahlen – mit Spenden unterstützen. Dieses Geld ist für unsere Naturschutzarbeit unverzichtbar.

Was ist das langfristige Ziel von Ebony Forest?

Wir wollen, dass der Wald ein Ökosystem wird, das sich selbst erhält, ohne dass der Mensch eingreift. Deshalb setzen wir Tiere aus, die Samen verbreiten und als Bestäuber wirken. Die neu aufgeforsteten Gebiete müssen drei bis vier Mal im Jahr von Unkraut befreit werden – das ist eine Menge Arbeit. Sobald ein geschlossenes Laubdach entstanden ist, wird das deutlich weniger, aber das dauert mehr als zehn Jahre. Wenn der Wald diesen Stand erreicht hat, wachsen nur noch einheimische Arten nach. Da wollen wir hinkommen.

LINK

Ebony Forest:

<http://www.ebonyforest.com>



NICOLAS ZUËL ist Naturschutzmanager bei Ebony Forest.

nzuel@ebonyforest.com



Duflo und Banerjee in Stockholm 2019.

VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

Menschliche Realität

Das neue Buch von Abhijit Banerjee und Esther Duflo, den Wirtschaftsnobelpreisträgern von vergangem Jahr, fordert einen Paradigmenwechsel. Ökonomen sollen sich nicht auf fiktive Modelle konzentrieren, sondern auf die empirische Wirklichkeit. Besonders harsch fällt ihre Kritik an vermeintlichen Experten aus, die verzerrte Plattitüden in den Medien als wissenschaftliche Erkenntnis verkaufen.

Von Hans Dembowski

Titel und Untertitel des Buchs sind programmatisch: „Good economics for hard times – Better answers to our biggest problems“. Die beiden Entwicklungsökonomien vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) haben es geschrieben, bevor sie den Nobelpreis gewannen. Ihrem Urteil nach sollten Volkswirte arbeiten wie Klempner. Der eigentliche Auftrag sei, gesellschaftliche Probleme zu lösen, werde aber meist nicht erfüllt, weil der Wissenschaftsbetrieb vor allem Wert auf ausgeklügelte Modelle und detaillierte Methodendiskussionen lege. Folglich sei das, was in der Öffentlich-

keit als Standarderkenntnis gilt, oft falsch und längst überholt. Tatsächlich widerlegten aktuelle Studien oft, was sogenannte Experten zugunsten spezifischer Interessengruppen in den Medien als gesichertes Wissen präsentierten.

Das gilt beispielsweise für Migration. Das Autorenpaar kritisiert die weit verbreitete Vorstellung, Einwanderer machten ungelerten Einheimischen auf dem Arbeitsmarkt Konkurrenz und drückten Löhne. So werde zwar Ausländerfeindlichkeit erklärt, Realität sei es aber nicht. Ungelernte Migranten verrichteten schließlich meistens Arbeit, für die sich gar keine Einheimischen finden ließen. Es gebe auch kein Nullsummenspiel, bei dem das Geld, das Migranten verdienten, anderen Arbeitnehmern entgehe. Vielmehr steige dank der Einwanderer die gesamtgesellschaftliche Nachfrage, wodurch neue Chancen entstünden. Wenn Migranten im Team mit heimischen Kollegen integriert würden, stiegen zudem Letztere oft in der formalen Hierarchie auf.

Das miteinander verheiratete Autorenpaar stört zudem, dass die konventionel-

le Volkswirtschaft Arbeit als eine Art Rohstoff behandle, bei dem es nur auf den Preis ankomme. Auch das stimme einfach nicht, weil in Beschäftigungsverhältnissen persönliches Vertrauen wesentlich sei. Obendrein arbeiteten Menschen nicht nur, um Geld zu verdienen, denn Arbeit habe psychologisch für Selbstverständnis, Selbstvertrauen und Selbstwertgefühl große Bedeutung.

Daraus leiten die beiden VWL-Professoren sozialpolitische Konsequenzen ab. Die Vorstellung, dass Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen die Arbeitsbereitschaft minderten, sei empirisch falsch. Menschen wollten vielmehr etwas Sinnvolles tun und Beiträge zum gesellschaftlichen Leben leisten.

Wachstum gilt generell als wichtigstes Politikziel. Auch hier widersprechen die beiden MIT-Gelehrten. Richtig sei, dass kaum entwickelte Länder Wachstum brauchten, weil es ihnen allenthalben an Mitteln fehle. In hochentwickelten Ländern dagegen habe Wirtschaftswachstum in den vergangenen Jahren der großen Mehrheit der Bevölkerung nichts gebracht. Nur eine kleine Minderheit habe profitiert. Die Politik solle sich deshalb statt auf Wachstum darauf konzentrieren, die Lebensqualität der Bürger zu verbessern.

Dass der Markt immer bessere Ergebnisse als Staatshandeln liefere, ist ein weiteres Klischee, das Banerjee und Duflo nicht

akzeptieren. Tatsächlich gebe es Felder, auf denen der Staat überlegen sei. So sei etwa ein gutes öffentliches Schulsystem unverzichtbar, weil private Bildungseinrichtungen als Zielgruppe vor allem zahlungskräftige, privilegierte Schichten bedienten.

Das Ökonomenpaar lehnt auch die Grundannahme ab, dass Menschen feste und unveränderliche Präferenzen hätten. Das sei eine Fiktion, die nützlich sei, um in ökonomischen Modellen Akteure als vollkommen rational zu konzipieren. Sie habe aber nichts mit der Wirklichkeit zu tun, denn Menschen änderten Einstellungen ständig. Einflussreich seien dabei nicht nur Personen, mit denen sie regelmäßig zu tun hätten, sondern auch Medien sowie Moden und Trends. Folglich seien persönliche Präferenzen nicht sakrosankt, und die Politik dürfe durchaus versuchen, auf sie Einfluss zu nehmen.

Banerjee stammt aus Indien, Duflo aus Frankreich. Beide arbeiten in den USA. Ihr Werk profitiert davon, dass sie sowohl reiche Nationen als auch Entwicklungsländer gut kennen. Ihr Buch verdient breite öffentli-

che Beachtung und sollte zur Pflichtlektüre im VWL-Grundstudium werden. Politiker, die Wert auf Ökonomenrat legen, sollten es ebenfalls zur Kenntnis nehmen.

METHODENKRITIK

Ein Schwachpunkt ist indessen, dass Banerjee und Duflo sich fast ausschließlich auf eine einzige Forschungsmethode stützen: randomisierte Kontrollstudien (randomised controlled trials – RCTs). RCTs zeigen, wie sich eine bestimmte Intervention auf eine soziale Gruppe auswirkt, in dem Daten in zwei Vergleichsgruppen erhoben werden, von denen eine den Eingriff erfährt und die andere nicht. Wenn die Vergleichsgruppen sehr ähnlich sind, lassen sich unterschiedliche Ergebnisse dann kausal auf die Intervention zurückführen.

Das Ehepaar verdankt sein wissenschaftliches Ansehen und den Nobelpreis der Entwicklung und Anwendung von RCTs. Ihr Forschungsinteresse gilt dabei besonders der Armutsbekämpfung. Aller-

dings beweisen sie mit RCTs auch immer wieder Dinge, die in anderen Sozialwissenschaften längst selbstverständlich sind. Dass Märkte nur auf kaufkräftige Nachfrage, aber nicht auf menschlichen Bedarf reagieren, sagen Soziologen und Politologen schon lange.

Zu einem großen Teil besteht die Leistung von Banerjee und Duflo somit nicht darin, die Schwächen der konventionellen VWL aufzudecken, sondern diese in einer Weise auszuformulieren, die Ökonomen nicht leicht von der Hand weisen können. Angesichts der großen politischen Bedeutung dieser Disziplin ist das sehr wichtig. Leider dürften die beiden aber kaum die Fernseh-Ökonomen überzeugen, die von der Perpetuierung längst widerlegter Plattitüden leben.

BUCH

Banerjee, A., und Duflo, E., 2020: Gute Ökonomie für harte Zeiten: Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können. München, Penguin Verlag.



Foto: Karol Schönhofer/picture-alliance/APA/picturedesk.com

Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.

Coronakrise

Da E+Z/D+C vorrangig dauerhaft relevante Themen behandelt und nicht aktuell Bericht erstattet, waren wir auf Covid-19 noch weniger vorbereitet als andere. Wir haben aber auf www.dandc.eu ein Tagebuch eingerichtet, in dem Autoren von bislang vier Kontinenten über die Pandemie geschrieben haben. Hier folgen einige aktuelle Einträge. Da der Sachstand sich schnell ändern kann, ist das Erscheinungsdatum auf der Website maßgeblich.

Unser Web-Tagebuch: <https://www.dandc.eu/node/4306>



19. MAI 2020

Afrika braucht die WHO

Dass US-Präsident Donald Trump die Beiträge seines Landes zur Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) gestrichen hat, wird in Afrika Leid verschärfen. Dieser Kontinent braucht im Kampf gegen Malaria, HIV/Aids und Polio jeden Cent, denn südlich der Sahara waren nationale Gesundheitswesen schon vor der Coronavirus-Pandemie unterfinanziert.

Von Karim Okanla

Aus afrikanischer Sicht haben weder China noch die USA überzeugend auf die Pandemie reagiert. Hätte China schneller und transparenter gehandelt, hätte die Ausbreitung des Coronavirus vielleicht gestoppt werden können. Andererseits ist es der US-Regierung offensichtlich auch nicht gelungen, eine schlüssige Politik zur Eindämmung der Krise zu formulieren, sodass sie jetzt Sündenböcke braucht. Die wachsende Spannung zwischen den beiden Supermächten ist unheimlich, denn sie macht internationale Zusammenarbeit schwieriger.

Trump wirft der WHO Fehlverhalten vor. Sie habe die Probleme verheimlicht und Partei für China ergriffen. Zur Strafe hat er die US-Beiträge zu ihrer Finanzierung gestrichen. Das ist aus Kritikersicht Teil seiner Jagd auf Sündenböcke. Wer seine Äußerun-

gen in den vergangenen Monaten verfolgt hat, weiß, dass die WHO im Vergleich zu ihm kompetent und kohärent agiert hat.

Unmut über Trumps Entscheidung wurde sofort laut – und zwar in Washington. Lawrence Gostin, Professor für globale Gesundheitspolitik an der dortigen Georgetown University, sagte: „Wenn die WHO nicht mit ganzer Kraft arbeiten kann, wird es sehr viel mehr Tote geben – und zwar nicht nur in Subsahara-Afrika, sondern auch in den USA.“

Der Nationale Rat der zivilgesellschaftlichen Organisationen Guineas (CNOSCG) bezeichnet Trumps Entscheidung als „irrational“. Der Chef der Westafrikanischen Gesundheitsorganisation, Stanley Okolo, warnt, die Länder seiner Weltregionen könnten bald weniger in der Lage sein, gefährliche Krankheiten wie Polio, HIV/Aids und Malaria zu bekämpfen. Besonders Impfkampagnen werden beeinträchtigt werden.

Okolos Organisation untersteht der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS (Economic Community of West African States), aber die Lage ist auch in anderen afrikanischen Regionen ernst. Südafrikas Außenministerium teilte mit, es sei alarmierend, „dass diese Entscheidung mitten in einer globalen Krise gefallen ist, in der die WHO mit aller Energie den Kampf gegen die tödliche Covid-19-Pandemie unterstützen muss“.

Wir wissen seit langem, dass es den nationalen Gesundheitswesen südlich der Sahara selbst in normalen Zeiten allenthalben an Mitteln fehlt (siehe Schwerpunkt in E+Z/D+C Druckheft 2020/03-04). Zwar bekommen sie Unterstützung von Institutionen wie der Bill & Melinda Gates Foundation, der Weltbank und bilateralen Gebern. Diese werden aber die Schwächung der WHO nicht ausgleichen.

Der Journalist Omar Dieng aus Dakar urteilt: „Trump unterminiert die WHO und ihre Programme.“ Er fragt sich, ob es eine Rolle spielt, dass WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus Äthiopier ist. Dieng glaubt nicht, dass das Weiße Haus einem Spitzenmann aus den USA das Geld gestrichen hätte. Dieng hält es für richtig, Schwachpunkte der WHO zu kritisieren, aber in der aktuellen Krise dürfe die multilaterale Institution nicht geschwächt, sondern müsse gestärkt werden.

Bislang hat Covid-19 in Afrika noch vergleichsweise wenig Menschenleben gefordert, aber das kann sich noch ändern. Fest steht, dass der Kontinent schon riesige Gesundheitsprobleme hatte, bevor die Pandemie begann. Für Afrikaner ist die WHO unverzichtbar. Sie hofften auf gute Nachrichten bei der Jahresversammlung der UN-Organisation Mitte Mai in Genf.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und
freiberuflicher Autor in Benin.
karimokanla@yahoo.com

Foto: Elshamy/picture-alliance/AP Photo

Foto: Sunday Alumba/picture-alliance/AP Photo

18. MAI 2020

Globale Lösungen erforderlich

Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. Das ist die Position von Gerd Müller, dem Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Von Gerd Müller

Das Ausmaß der derzeitigen Krise ist dramatisch – nicht nur in Deutschland und Europa. Entwicklungs- und Schwellenländer trifft es am härtesten. Erneut erleben wir, dass weltweite Probleme weltweite Lösungen erfordern. Es liegt in unserem eigenen Interesse, das Virus weltweit zu bekämpfen. Zum einen weil es unsere humanitäre Pflicht ist zu helfen, zum anderen weil das Virus sonst zu uns zurückkommt. Unser Blick muss daher über Deutschland und Europa hinausgehen. Es gibt viel zu tun:

- 4,2 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu angemessener Sanitärversorgung. Deswegen ist die Ansteckungsgefahr in vielen Entwicklungsländern dreimal höher als bei uns.
- Entwicklungsländer verfügen nur über eine geringe Zahl an Laboren, Notfallbetten und Beatmungsgeräten.
- Besonders prekär ist die Lage in Ballungsgebieten, Slums und den überfüllten Flüchtlingslagern.

Zusätzlich zu den gesundheitlichen Auswirkungen sind die Entwicklungsländer wirtschaftlich betroffen von Ausgangssperren, die von den Regierungen verhängt wurden, durch den plötzlichen Stillstand der Weltwirtschaft und den Zusammenbruch von Lieferketten, von denen viele in Afrika, Asien oder Lateinamerika ihren Startpunkt haben. Länder ohne oder mit nur unzureichenden sozialen Sicherungssystemen, insbesondere in Afrika, spüren jetzt gravierende Folgen.

- Durch den Zusammenbruch globaler Lieferketten stehen Millionen Menschen vor dem Nichts.
- Die Staatseinnahmen sinken dramatisch um 20 bis 30 Prozent.
- Kapital in Höhe von fast 100 Milliarden Dollar wurde bereits aus den Entwicklungs- und Schwellenländern abgezogen.

- 20 Millionen Arbeitsplätze gehen allein im Tourismusbereich verloren. In Bangladesch mussten zeitweise 4000 Textilfabriken schließen, in denen sonst 4 Millionen Menschen arbeiten.

Wir müssen die Pandemie und ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen weltweit wirksam bekämpfen. Dazu müssen die



Coronatest in der nigerianischen Metropole Lagos.

Testkapazitäten und die Verfügbarkeit von Beatmungsgeräten und Schutzausrüstung verbessert und nationale Gesundheitssysteme gestärkt werden. Darüber hinaus dürfen wir aber auch nicht unseren Kampf gegen andere Krankheiten wie AIDS, Malaria und Tuberkulose aus den Augen verlieren.

Und wir müssen unsere Partner unterstützen, indem wir die wirtschaftlichen Folgen abmildern. Während westliche Länder milliardenschwere Hilfspakete für ihre Wirtschaft aufgesetzt haben, werden Entwicklungsländer von ihrer Schuldenlast erdrückt. Unsere Anstrengungen zur Erzielung der Nachhaltigkeitsziele (SDGs), insbesondere SDG 1 und 2, sind gefährdet.

Und, um es mit den Worten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu

sagen: „Wir können nicht einfach zu dem Zustand vor Covid-19 zurückkehren, in dem unsere Gesellschaften unnötig krisenanfällig waren. Wir müssen gestärkt daraus hervorgehen.“ Wir müssen Globalisierung neu gestalten und sicherstellen, dass diese Gesundheitskrise nicht unsere Anstrengungen zur Erreichung der 2030 Agenda und Bekämpfung des Klimawandels beeinträchtigt.

Aus diesem Grund sind wir vorangegangen: Durch Umstrukturierungen im BMZ-Haushalt finanzieren wir 2020 ein „Corona-Sofortprogramm“ für eine Milliarde Euro. Wir verstärken unser Engagement in sieben Bereichen:

1. Gesundheit und Pandemiebekämpfung
2. Ernährungssicherung, Grundversorgung zur Verhinderung von Hungerkatastrophen
3. Stabilisierung von Flüchtlings- und Krisenregionen
4. Soziale Sicherung, Sicherung von Arbeitsplätzen in globalen Lieferketten
5. Absicherung von Unternehmen in Schlüsselsektoren wie Textil und Tourismus
6. Liquidität von Staaten sichern
7. Internationale Zusammenarbeit

Covid-19 ist auch ein globaler Weckruf zur internationalen Zusammenarbeit und Solidarität. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und eine gemeinsame Antwort unter der Führung der Vereinten Nationen geben.

Die Covid-Krise ist auch ein Härtestest für den Multilateralismus. Das Schuldenmoratorium der G20 und des Pariser Clubs (einschließlich China) für die ärmsten Länder ist ein ermutigendes Signal. Dennoch dürfen wir uns – angesichts der weltweiten Herausforderung – damit nicht zufrieden geben. Diesen Kampf gewinnen wir entweder gemeinsam weltweit oder gar nicht.

LINK

BMZ, 2020: Corona-Sofortprogramm. Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. 23.04. 2020, Berlin.
http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf



GERD MÜLLER
ist Bundesminister für
wirtschaftliche
Zusammenarbeit und
Entwicklung.
www.bmz.de

14. MAI 2020

Schuldenerlass für die ärmsten Länder

In den hochverschuldeten ärmsten Ländern der Welt ist ein Schuldenerlass zur Bewältigung der Coronakrise notwendig. Die bisher gewährten Finanzmittel und die beschlossene Aussetzung von Schuldendienstzahlungen reichen nicht.

Von Kathrin Berensmann

Schon vor der Krise waren laut Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank etwa die Hälfte der Nied-

rund 160 Milliarden Dollar für Entwicklungs- und Schwellenländer anbieten (Weltbank 2020). Für die ärmsten Länder stellt der IWF über die Rapid Credit Facility zinslose Kredite in Höhe von rund 10 Milliarden Dollar bereit.

Das reicht aber nicht aus, weil die Länder trotzdem noch über zu wenig Liquidität verfügen und die Kredite – auch konzessionäre – die Verschuldung weiter erhöhen.

Alle bilateralen öffentlichen Gläubiger haben einer Aussetzung von Schulden-



Die Coronakrise stellt eine gemeinsame Verantwortung dar. Graffiti in Kenias Hauptstadt Nairobi.

rigeinkommensländer hoch verschuldet. Infolge der Corona-Pandemie werden sich noch mehr arme Länder hoch verschulden. Alleine können sie die Situation nicht bewältigen, denn sie verfügen nur über geringe öffentliche Einnahmen (siehe Stefanie Rauscher in E+Z/D+C Druckheft 2018/01-02, S. 9.).

Die internationale Gemeinschaft hat umfangreiche Finanzmittel bereitgestellt, zum Teil konzessionär, etwa in der Form subventionierter Kredite. Die Weltbank wird in den nächsten 15 Monaten beispielsweise

dienstzahlungen für die ärmsten Länder von Mai bis Dezember 2020 zugestimmt. Während damit kurzfristig zwar mehr Finanzmittel zur Bewältigung der Coronakrise bereitstehen, werden die Rückzahlungen nur in die Zukunft verschoben.

In dieser prekären Lage ist ein Schuldenerlass für Entwicklungsländer die einzige Lösung. Der IWF hat sein Instrument für Schuldendienstentlastungen – den Catastrophe Containment and Relief Trust – reformiert, sodass nun mehr Länder kurzfristig und gleichzeitig davon profitieren können. Not-

wendig ist aber ein umfangreicherer Schuldenerlass. Auch der deutsche Entwicklungsminister Gerd Müller befürwortet in seinem „Corona-Sofortprogramm“ einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder (BMZ 2020).

Damit sich einzelne Gläubiger nicht auf Kosten anderer Gläubiger bereichern, sollten alle öffentlichen und privaten Gläubiger sich gleichermaßen an Schuldenerlassen beteiligen, und sie sollten ihre Kreditverträge öffentlich zugänglich machen (Berensmann 2020). Zudem sollten nur hochverschuldete Länder einen Schuldenerlass bekommen. Dafür könnten Schuldengrenzen vereinbart werden.

Ein Schuldenerlass allein bearbeitet allerdings nur die Symptome, nicht die Ursachen einer hohen Verschuldung. Er sollte daher an Bedingungen geknüpft werden wie die Verwendung der Mittel für armutsreduzierende Maßnahmen, den Aufbau von Infrastruktur oder die Verbesserung des Schuldenmanagements.

Darüber hinaus sollten die Gläubiger eine verantwortliche Kreditvergabe verfolgen. Ein Grund für die hohe Verschuldung waren Kredite zu Marktbedingungen an Niedrigeinkommensländer. Zwischen 2007 und 2016 hat sich der Anteil der Verschuldung zu Marktkonditionen an der öffentlichen Gesamtverschuldung verdoppelt. 2016 lag er laut IWF in Niedrigeinkommensländern bei 46 Prozent. Damit tragen die Gläubiger und Schuldner die Verantwortung für die Lösung der Verschuldungskrise gemeinsam.

LINKS

Berensmann, K., 2020: So reagieren die Internationalen Finanzinstitutionen auf die Pandemie. Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Die aktuelle Kolumne vom 30.04.2020. <https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/so-reagieren-die-internationalen-finanzinstitutionen-auf-die-pandemie/>
 BMZ, 2020: Corona-Sofortprogramm. Corona besiegen wir nur weltweit oder gar nicht. 23.04.2020, Berlin. http://www.bmz.de/de/zentrales/downloadarchiv/Presse/bmz_corona_paket.pdf



KATHRIN BERENSMANN ist Senior Researcher und Projektleiterin beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

kathrin.berensmann@die-gdi.de

7. MAI 2020

Spaltende Pandemie-Reaktion

In seiner Reaktion auf Covid-19 zeigt sich die Wissenschaftsverachtung von Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro. Es passt zu seinem Muster der Klimaverweigerung und aggressiven Desinformation. Der Rücktritt seines Justizministers Sergio Moro hat Bolsonaros Macht geschwächt.

Von Gilberto Scofield Jr.

Bolsonaro lehnt nachweislich ab, dass menschliches Handeln für die Klimaerwärmung verantwortlich ist, und weigert sich, die Entwaldung im Amazonasgebiet als eine der Ursachen anzuerkennen. Jetzt vertritt er eine ähnliche Haltung angesichts einer der schlimmsten Pandemien, die die Menschheit seit einem Jahrhundert gesehen hat. Die Folge ist, dass Desinformation töten kann.

Seit Beginn der Krise verhält sich Bolsonaro gegensätzlich zu wissenschaftlichen Empfehlungen. In den Augen des Präsidenten, der die Krankheit mit einer „Erkältung“ oder „kleinen Grippe“ vergleicht, hat das Fortbestehen der Wirtschaft oberste Priorität. Er missachtet die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO, die Abstandsregeln und Zuhausebleiben fordert, weil die Gesundheitssysteme es nicht leisten können, Millionen erkrankter Patienten gleichzeitig zu behandeln. Seine Rhetorik legt nahe, dass Vorsicht angesichts einer Infektionskrankheit unmännlich ist.

Bolsonaro hat in mehreren Ansprachen versucht, die Auswirkungen der Pandemie zu verharmlosen. Die Leute nennen das „Fehlinfoemie“. Glücklicherweise ist Brasilien wie die USA oder Deutschland eine föderale Republik. Die Gouverneure der Bundesstaaten haben beträchtliche Macht und reagieren verantwortungsbewusster als der Präsident. Ihre Ausgangsbeschränkungen wurden zudem von Bundesgesundheitsminister Luiz Henrique Mandetta unterstützt – bis Bolsonaro ihn am 16. April entließ. Während die Beliebtheit der Gouverneure und Mandettas in Meinungsumfragen stieg, ist die von Bolsonaro gesunken. Inmitten einer globalen Pandemie ziehen die Brasi-

lianer überwiegend den wissenschaftlichen Rat der populistischen Agitation vor.

Bolsonaro hat neben Mandetta noch andere Kabinettsmitglieder verloren. Ende April trat Sergio Moro, Minister für Justiz und öffentliche Sicherheit, zurück und beschuldigte den Präsidenten, die Polizeiarbeit auf verfassungswidrige Weise steuern zu wollen. Hintergrund war, dass Bolsonaro einen neuen Polizeipräsidenten ernennen



Trauernde in Manaus: Am 18. Mai verzeichnete Brasilien bereits mehr als 15000 Todesfälle. Indigene Gemeinschaften waren besonders betroffen. Am 15. Mai trat der neuberufene Gesundheitsminister Nelson Teich zurück – nach nur vier Wochen im Amt.

wollte. Stattdessen führt die Polizei nun Korruptionsermittlungen gegen Bolsonaros Familie durch. Moro war vielleicht das wichtigste Kabinettsmitglied. Vor seinem Amtsantritt hatte er als Richter den ehemaligen Präsidenten Lula da Silva wegen Bestechung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Obwohl der Fall Lula umstritten ist, genießt Moro den Ruf, sich für den Rechtsstaat einzusetzen, wovon Bolsonaro profitierte. Um ein Amtsenthebungsverfahren zu vermeiden, muss der Präsident jetzt neue Verbündete im brasilianischen Kongress finden.

Medizinische Behörden aus Brasilien und dem Ausland missbilligen die Fehl-

fodemie des Präsidenten. Auch Politologen sind verwirrt. Der Mitautor des Bestsellers „Wie Demokratien sterben“, Steven Levitsky, erklärte: „Ich kann nicht sagen, ob die Entscheidung Bolsonaros, den einstimmigen Einschätzungen der wissenschaftlichen Gemeinschaft nicht zuzuhören, politisches Kalkül oder ein gewaltiger Fehler ist. Aber es ist erschreckend, wie ein politischer Führer das Leben von – im schlimmsten Fall – Tausenden seiner Bürger in Gefahr bringt.“

Weltweit verfolgen Rechtspopulisten, die an der Macht sind, derzeit einen von zwei Ansätzen. Einige, wie Narendra Modi in Indien oder Victor Orbán in Ungarn, nutzen die Pandemie, um ihre Macht auszu-

bauen. Andere, wie Bolsonaro oder US-Präsident Donald Trump, verharmlosen diese Krise der öffentlichen Gesundheit. Keiner der Ansätze dient ihren jeweiligen Nationen. Spaltungen zu schüren nützt nichts. Wir brauchen jetzt eine effektive und konstruktive Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg, um so viele Leben wie möglich zu retten.



GILBERTO SCOFIELD JR. ist Direktor von Agência Lupa, der größten Faktenprüfungs-Agentur Brasiliens. gilberto.scofield@lupa.news

5. MAI 2020

Sozialtransfers stabilisieren Konsumnachfrage

In der Covid-19-Krise sollten Staaten ein bedingungsloses Grundeinkommen testen. So könnten sie einerseits Armut vorbeugen und andererseits die Wirtschaft stabilisieren.

Von Markus Loewe

Im Covid-19-Abschwung verlieren Wohlhabende einen Teil ihres Vermögens und ihres Einkommens. Für Arme stellen dagegen Jobverlust oder die Verunmöglichung informeller Erwerbstätigkeit die wirtschaftliche Existenz in Frage. Die aktuelle Krise droht Erfolge im jahrelangen Kampf gegen die Armut mit einem Schlag zunichtemachen.

Hundert Millionen Menschen werden wieder unter die Armutsgrenze sinken – und dort lange bleiben. Denn um das blanke Überleben zu sichern, müssen sie Kredite aufnehmen, mit deren Rückzahlung sie lange kämpfen werden. Sie werden Land, Vieh und andere Produktionsmittel verkaufen und so ihre bisherigen Einkommensquellen zerstören. Sie werden auch desaströse Jobs in Bergbau, chemischer Produktion und Prostitution akzeptieren und damit ihre Gesundheit und ihre zukünftige Produktivität zerstören. Und sie werden ihre Kinder aus der Schule nehmen, damit sie etwas dazuverdienen, was aber ihre künftigen Verdienstmöglichkeiten dramatisch reduziert.

Maßnahmen zur Abfederung der Folgen von Covid-19 müssen deshalb nicht nur Unternehmen retten, sondern unbedingt auch den Armen zugutekommen. Die Verarmung breiter Schichten muss verhindert werden. Die verheerenden Folgen sind sonst der rapide Verfall der Kaufkraft, Mangel und Unterernährung bis hin zum Verhungern und der Destabilisierung von Gesellschaft und Politik.

So schnell und wo immer möglich sollten die Armen Sozialtransfers erhalten. Die Transfers können temporär oder auch einmalig ausgezahlt werden. Sie sollten aber pro Haushalt mindestens einem halben Jah-

resmindestlohn entsprechen – und wenn die Krise länger anhält, auch mehr.

Aktuell gibt es dabei zum temporären bedingungslosen Grundeinkommen keine sinnvolle Alternative, wobei nur Staatsbedienstete, die ihre Arbeit fast überall auf der Welt behalten, ausgeschlossen werden sollten. Bedürftigkeitsprüfungen dauern zu lange, also ist eine Beschränkung auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen jetzt nicht möglich. Transfers können auch nicht an



Ausgangssperren blockieren informelle Erwerbstätigkeit: Mobiler Teestand in Kairo im Herbst 2019.

Arbeitsleistung geknüpft werden, denn öffentliche Bauprojekte und ähnliche Vorhaben stehen derzeit still. Eine gewisse Bezugsbeschränkung ließe sich allenfalls dadurch erreichen, dass das Grundeinkommen auf Sozialämtern zu beantragen ist, was wohlhabendere Personen abschrecken dürfte.

Die Auszahlung von bedingungslosen Grundeinkommen wäre selbstverständlich ein großer Schritt ins Unbekannte und würde vielen Regierungen viel Mut abverlan-

gen. Zahlreiche Länder bewegen sich aber bereits in diese Richtung. Sie haben bestehende Sozialtransferprogramme aufgestockt oder ausgeweitet (wie etwa Ägypten, Brasilien, Indonesien und Kolumbien) oder neue geschaffen (zum Beispiel Argentinien, Bolivien und die Türkei).

Das universelle Grundeinkommen wäre obendrein wirtschaftspolitisch sinnvoll. Es würde die Konsumnachfrage stabilisieren und somit den konjunkturellen Abschwung bremsen. So manches Kleinunternehmen würde so gerettet.

Wenn Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen diesen Schritt tun wollen, sollten sie großzügig unterstützt werden. Tatsächlich haben Länder mit hohem Einkommen ein Eigeninteresse an der Erhaltung der Kaufkraft in ärmeren Gesellschaften, denn es gilt, sekundäre Faktoren einer globalen Rezession abzufedern und Länder

politisch zu stabilisieren. Durch die Finanzierung temporärer, universeller Grundeinkommen könnte Europa zeigen, dass ihm das globale Gemeinwohl aller Menschen tatsächlich am Herzen liegt.



MARKUS LOEWE
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Deutschen
Institut für
Entwicklungspolitik in Bonn.

markus.loewe@die-gdi.de

Foto: picture-alliance/Chloe Sharrock/Le Pictorium/MAXPPP/dpa

Foto: Amar Kumar/picture-alliance/AP Photo

16. APRIL 2020

Pandemie-Apartheid

Indiens Hindu-Chauvinisten machen Moslems zu Coronavirus-Sündenböcken.

Von Arfa Khanum Sherwani

„Covid-Dschihad“ ist als Schlagwort unter indischen Rechtspopulisten beliebt geworden. Sie machen die muslimische Minderheit für die Epidemie verantwortlich – sowohl im Privatfernsehen als auch auf Social-Media-Plattformen.

Im heutigen Indien müssen Moslems ständig als Sündenböcke herhalten (siehe meinen Beitrag in der Tribüne von E+Z/D+C e-Paper 2020/03). Der neuesten Hassrhetorik zufolge verbreiten die Anhänger des Islams absichtlich die Krankheit. Deshalb wurden bereits muslimische Gemüsehändler und Taxifahrer angegriffen. Nach dem blutigen Pogrom in Delhi von Ende Februar (siehe hierzu Blogbeitrag von Hans Dembowski auf unserer E+Z/D+C-Website) fürchten viele Moslems Gewalt. Da sie meist zu den ärmsten Bevölkerungsschichten gehören, fühlen sich wehrlos.

Das grausame Narrativ entstand im März, weil die sunnitische Missionsorganisation Tablighi Jamat an ihrem Hauptsitz in Delhi ein Treffen mit mehreren 1000 Teilnehmern veranstaltete. Die Organisation ist orthodox, aber nicht extremistisch. Sie ist in über 100 Ländern weltweit präsent. Tatsächlich lassen sich viele Coronavirus-Infektionen in Indien auf dieses Treffen zurückführen, das vor der Ausgangssperre, die Premierminister Modi am 25. März in Kraft setzte, stattfand. Die Tablighi Jamat argumentiert, sie habe keine religiösen Zeremonien veranstaltet, aber in ihrer Zentrale seien ständig viele Mitglieder aus dem In- und Ausland. Die Organisation hätte sicherlich mehr Verantwortung zeigen müssen. Der Vorwurf, sie habe Anwesende gezielt infiziert, um die Krankheit zu verbreiten, ist allerdings offensichtlich absurd. Was in Wirklichkeit eine Tragödie war, stellen die Hindu-Chauvinisten als bössartige Verschwörung dar.

Pikant ist, dass diverse Feierlichkeiten von Hindus weitergingen und in vielen



Yodi Adityanath trotz Lockdown bei einem hinduistischen Ritual am 25. März.

Fällen sogar Politiker der Regierungspartei BJP dabei waren. Die Partei schaut weg, wenn ihre Mitglieder Regeln verletzen, aber ihre Fürsprecher im Fernsehen und ihre Social-Media-Trolls halten jeden Moslem für jedwedes Fehlverhalten von jedweden Mitglied unserer Glaubensgemeinschaft für persönlich verantwortlich. Das muss schnell aufhören, sonst erleben wir nichts weniger als Pandemie-Apartheid, zumindest in einigen Teilen der indischen Gesellschaft.

Seit Modi im vergangenen Mai wiedergewählt wurde, hat sich der Trend verstärkt, dass alle angegriffen werden, die sich dem Hindu-Chauvinismus entgegenstellen. Ein Beispiel ist Siddharth Varadarajan, der Mitgründer und Chefredakteur von The Wire, der Website, für die ich arbeite. Er veröffentlichte einen auf Fakten beruhenden Bericht über eine Hindufeierlichkeit, an der der BJP-Spitzenpolitiker Yogi Adityanath unter Missachtung der Ausgangssperre teilnahm. Varadarajan korrigierte öffentlich einen ver- gleichsweise unwichtigen Faktenfehler im

Manuskript, steht nun dennoch wegen diesem Fehler unter juristischem Druck.

Adityanath ist der Ministerpräsident von Uttar Pradesh, dem bevölkerungsreichsten Bundesstaat Indiens. Die Polizei dieses Bundesstaates hat wegen des Artikels zwei Anzeigen gegen Varadarajan erstattet. Außerdem forderte sie ihn auf, trotz Ausgangssperre 690 km zu einem Verhör zu reisen. Das löste öffentliche Empörung aus, und daraufhin wurde dem Journalisten erlaubt, per E-Mail Auskunft zu erteilen. Dennoch bleibt das Vorgehen gegen ihn ein Angriff auf die Pressefreiheit. Nicht nur alle Medienschaffenden sollen so eingeschüchtert werden, sondern alle, die es wagen könnten, Hindu-Chauvinisten zu widersprechen.

LINK

„Editors Guild criticises U.P. govt.“, Bericht aus der Qualitätszeitung The Hindu:
<https://www.thehindu.com/news/national/editors-guild-criticises-up-govt/article31322888.ece>



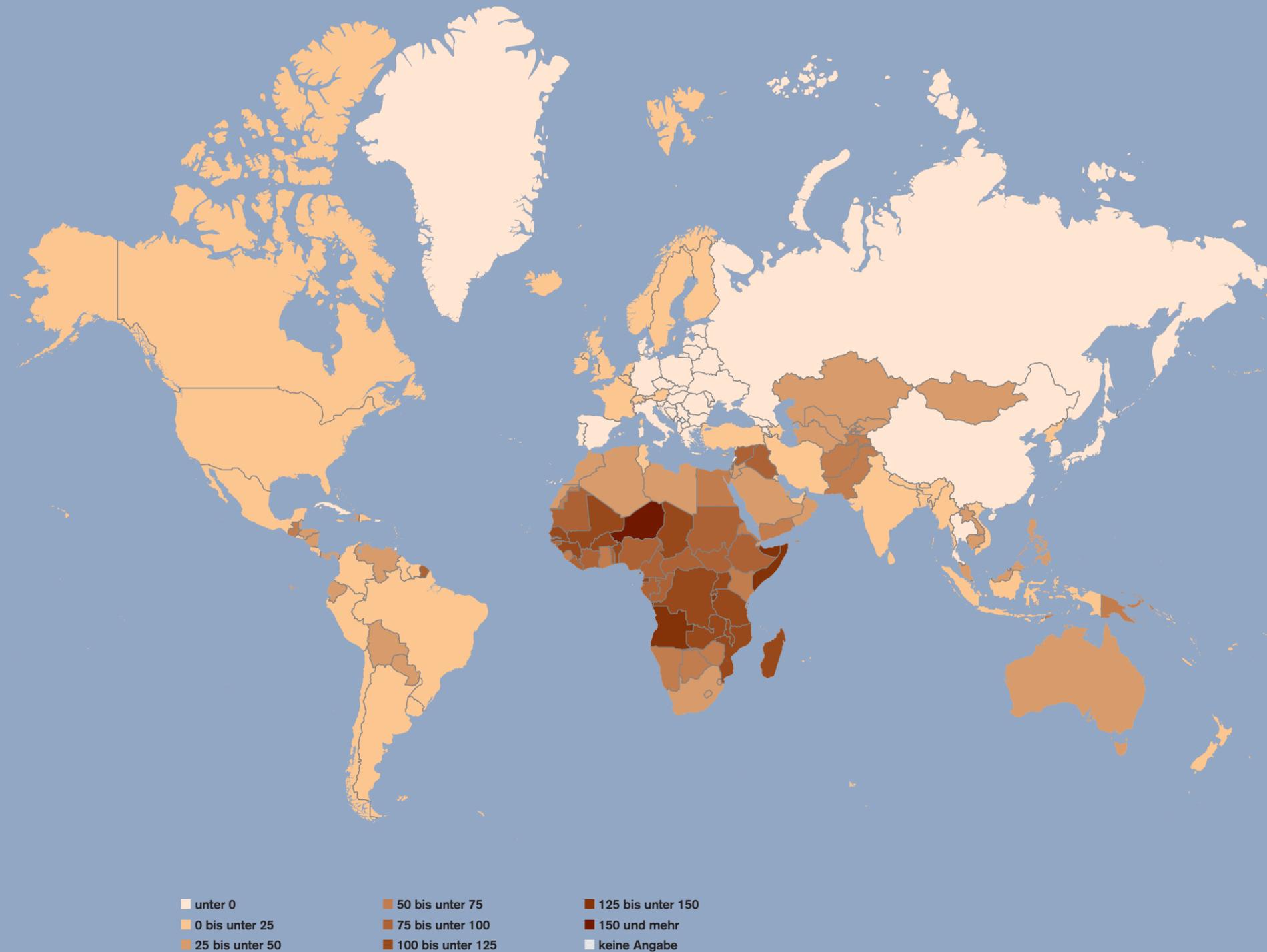
ARFA KHANUM SHERWANI
ist leitende Redakteurin der unabhängigen indischen Website TheWire.
Twitter: @khanumarfa

TheWire: <https://thewire.in/>

Mehr Repression

Seit dieser Beitrag auf unserer Webseite erschien, hat die Repression in Indien zugenommen. Mehrere Regierungskritiker sind nun in Haft – darunter die schwangere Studentin Safoora Zargar in Delhi und der Intellektuelle Anand Teltumbe in Mumbai. Derweil leiden rund 140 Millionen Binnenmigranten besonders unter dem Lockdown. Viele haben nun weder Bleibe noch Einkommen noch Nahrung. Mitte Mai berichteten die Medien weiterhin über Menschen, die zu Fuß auf dem weiten Heimweg von Städten in abgelegene Dörfer waren. Der Bus- und Zugverkehr ruht seit Ende März. Erst seit kurzem gab es vereinzelte Ausnahmen zugunsten der Migranten. E+Z/D+C

Prognostiziertes Bevölkerungswachstum weltweit, in Prozent, 2019-2050.



SCHWERPUNKT

DEMOGRAFISCHE TRENDS

Voraussichtlich wird die Weltbevölkerung um 2100 herum mit knapp 11 Milliarden Menschen den Scheitelpunkt erreichen. Selbst kaum kalkulierbare Großkatastrophen wie Kriege und Seuchen dürften daran nicht viel ändern. Covid-19 ist bedrohlich, aber selbst 60 bis 80 Millionen Tote – wie im 2. Weltkrieg – wären gemessen an der Gesamtzahl noch relativ wenig. In dieser Größenordnung wuchs die Weltbevölkerung zuletzt jedes Jahr.

Gesellschaften und ihre Normen verändern sich. Was Familiengrößen angeht, geht der Trend weltweit stabil in dieselbe Richtung. Nationen altern, weil die Lebenserwartung steigt und Frauen weniger Kinder bekommen. Relativ zuverlässige Prognosen aufstellen kann, wer weiß,

- wie viele Frauen es gibt,
- welchen Alterskohorten sie angehören,
- wie viele Kinder sie im Schnitt haben, und
- in welchem Alter sie gewöhnlich ihre Babys bekommen.

Es ist gut, dass die Weltbevölkerung langsamer wächst als früher. Andernfalls bliebe ökologische Nachhaltigkeit sicherlich unerreichbar. Niedrige Geburtenraten sind zudem eine positive Folge davon, dass Mädchen bessere Bildung bekommen und Frauen mehr Wahlmöglichkeiten haben.

In vielen Ländern nimmt inzwischen der Anteil der Alten rasch zu. Traditionelle Großfamilien, die sich um sie kümmern, gibt es aber kaum noch. Soziale Sicherungssysteme sind deshalb nötig – und zwar auch in Schwellenländern und besonders in China. Es geht nicht nur um Geld, denn Alten- und Pflegeheime, Krankenhäuser und sonstige soziale Dienste brauchen Personal.

Im Gesundheitswesen wohlhabender, aber rasch alternder Gesellschaften

arbeiten heute viele qualifizierte Migranten aus ärmeren und demografisch jüngeren Ländern. Irgendwann werden auch dort die negativen Seiten des demografischen Wandels zu spüren sein. Was dann? Moderne Technik und Roboter mögen helfen, aber Menschen brauchen auch den Austausch mit Menschen. Ein großer – und vermutlich wachsender – Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung wird in sozialen Berufen tätig sein müssen.

Wird das alles dem Marktwettbewerb überlassen, kann nur eine wohlhabende Minderheit ein würdiges Alter erleben. Damit niemand durchs Netz fällt, muss staatliche Politik Mindestrenten für alle und eine solide soziale Infrastruktur sicherstellen. Nötig sind politischer Wille, kluge Konzepte und kompetente Umsetzung.

Es hilft dabei, wenn es einem Land gelingt, das Zeitfenster besonderer Chancen in frühen Phasen des demografischen Wandels zu nutzen. Asiatische Schwellenländer haben von der „demografischen Dividende“ profitiert. Ihre Industrialisierung setzte ein, als große Kohorten junger Menschen, die weder kleine Kinder noch gebrechliche Großeltern betreuen mussten, auf den Arbeitsmarkt drängten. Größere Prosperität ist die Basis für eine bessere soziale Sicherung, die noch geschaffen werden muss. Wichtig ist jedenfalls, dass auch Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen auf ähnliche Weise von einer demografischen Dividende profitieren.

Internationale Zusammenarbeit kann dazu beitragen. Sie wird natürlich auch gebraucht, um Covid-19 einzudämmen und den Treibhauseffekt zu begrenzen. Globale Entwicklung kann und muss so gestaltet werden, dass 11 Milliarden Menschen gut auf dieser Erde leben können.

HANS DEMBOWSKI

Im Dossier auf unserer Website finden Sie alle Essays aus diesem Schwerpunkt sowie weitere verwandte Beiträge: www.dandc.eu > **Dossiers**

BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

Globale Herausforderung

Afrika hat die jüngste Bevölkerung der Welt. Für sie gibt es bei weitem nicht genügend Arbeitsmöglichkeiten. Das stellt nicht nur den Kontinent selbst vor große Herausforderungen, sondern wirkt sich weltweit aus.

Von Samir Abi

In Afrika leben mehr als 800 Millionen Menschen unter 25 Jahren, das sind 62 Prozent der Bevölkerung. In Asien und Lateinamerika macht diese Altersgruppe lediglich etwas mehr als 40 Prozent aus und in den Industrieländern Europas und Nordamerikas sogar nur rund ein Viertel.

Einer der Gründe für Afrikas Kinderreichtum liegt darin, dass Kinder hier traditionell als Zeichen von Reichtum und als Geschenk der Natur gelten, das man auf keinen Fall ablehnen darf, will man nicht den Zorn der Vorfahren heraufbeschwören. Allmählich gibt es in den Metropolen zwar auch eine Tendenz zur Kleinfamilie. Aber vor allem auf dem Land geht dieser Wandel sehr langsam voran.

Afrikanerinnen bekommen im Durchschnitt vier bis fünf Kinder. In manchen Ländern, etwa dem Niger, sind es sogar sieben. Anders sieht es in den nordafrikanischen Ländern und in Südafrika aus: Dort sind zwei Kinder pro Frau die Regel, was vor allem auf die höhere Bildung der Frauen, ihre Berufstätigkeit und leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln zurückzuführen ist.

Ein weiterer Grund für die vielen jungen Menschen in Afrika liegt in der gesunkenen Säuglings- und Kindersterblichkeit. Bessere Versorgung in der Schwangerschaft hat zudem zu weniger riskanten Geburten geführt. Durch die verbesserte Gesundheitsversorgung ist auch die Lebenserwartung stark gestiegen. Insgesamt kommen also mehr und gesündere Kinder zur Welt, die länger leben als beispielsweise noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

AFRIKA WÄCHST

Als die afrikanischen Länder ab den 1950er Jahren unabhängig wurden, lebten rund 280 Millionen Menschen oder sieben Prozent der Weltbevölkerung auf dem Kontinent. In 60 Jahren sind mehr als eine Milliarde Menschen hinzugekommen. Heute machen die 1,3 Milliarden Afrikaner 14 Prozent der Weltbevölkerung aus, und ihr Anteil steigt weiter. Laut den UN-World Population Prospects 2019 wird die Bevölkerung Subsahara-Afrikas bis Mitte dieses Jahrhunderts um mehr als eine Milliarde Menschen zunehmen und auch noch über den Jahrhundertwechsel hinaus weiter wachsen. Die anderen Weltgegenden werden den Höhepunkt ihrer Bevölkerungszahl voraussichtlich vor Ende dieses Jahrhunderts erreichen.

Für Afrikas Staaten stellt sich die Frage, wie sich die demografischen Verän-

derungen auf ihre mittel- und langfristige Entwicklung auswirkt. Das große Wirtschaftswachstum von durchschnittlich rund fünf Prozent pro Jahr in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat viele Länder glauben gemacht, dass ihre Volkswirtschaft bis 2030 erstarben wird. Im Vergleich zum Bevölkerungswachstum, das seit Ende der Kolonialzeit im Schnitt 2,5 Prozent pro Jahr betrug, ist das Wirtschaftswachstum jedoch zu bescheiden, um Afrikas Ökonomien wirklich nach vorne zu bringen. Außerdem werden die Einnahmen aus dem Wirtschaftswachstum gebraucht, um die sozialen Folgen des Bevölkerungswachstums zu bewältigen.

Mehr Menschen, insbesondere mehr junge Menschen, bedeuten einen riesigen Bedarf an Bildung, guten Arbeitsplätzen und Wohnmöglichkeiten. Viele Länder können diese Nachfrage aus eigener Kraft nicht decken. Daher verlässt sich der Staat fast überall in Afrika in den meisten Bereichen auf den Privatsektor, damit dieser die Bedürfnisse der Menschen befriedigt. Weitreichende Privatisierung etwa im Gesundheits- und Bildungsbereich ist üblich.

Viele der jungen Menschen, die jedes Jahr neu auf den Arbeitsmarkt kommen, finden keine Jobs, weil es nicht genügend öffentliche und private Investitionen gibt. Trotzdem setzen afrikanische Länder in ihren Entwicklungsplänen auf die demografische Dividende (siehe Kasten, nächste Seite), um ihre Wirtschaft voranzubringen. Ob diese eintritt, ist jedoch fraglich.

Bisher mangelt es an ordentlich bezahlten Arbeitsplätzen und entsprechend verdienen viele junge Menschen im informellen Sektor nur recht geringe Einkommen. Die Regierungen müssten in den kommenden 20 Jahren 450 Millionen Jobs in Afrika schaffen, um der grassierenden Jugendarbeitslosigkeit und -unterbeschäftigung Herr zu werden. Da ihre Volkswirtschaften jedoch immer noch vom Export von Rohstoffen abhängen, deren Preise sie nicht bestimmen können, können sie selbst bei sehr gutem Wirtschaftswachstum laut dem Africa Competitiveness Report 2017 höchstens 100 Millionen Jobs bis 2050 schaffen.

NUR JEDES VIERTE PAAR VERHÜTET

Ökonomen, die an die demografische Dividende glauben, gehen zudem von verändertem Bevölkerungswachstum aufgrund



Dank verbesserter Gesundheitsversorgung ist die Lebenserwartung in Afrika gestiegen: Massenimpfung in Äthiopien.

gesellschaftlichen Fortschritts aus, etwa besserer Bildung für Mädchen. Kulturelle Faktoren und der große Einfluss der monotheistischen Religionen, die Verhütung ablehnen, verlangsamen diesen Wandel allerdings stark. Die Befürworter einer strikteren Familienpolitik und Geburtenkontrolle durch den Staat rufen nach einer Verhütungsrevolution. In ihren Augen ist es höchste Zeit, von oben her einzugreifen. So könnten die Regierungen ihren Vorstellungen zufolge erreichen, dass drei Viertel aller afrikanischen Paare moderne Verhütungsmethoden verwenden. Aktuell tut das nur rund ein Viertel.

Ohne große strukturelle Veränderungen im internationalen Wirtschaftssystem und der Regierungsführung afrikanischer Länder lässt Afrikas Bevölkerungswachstum

nichts Gutes erwarten. Seine Folgen können auch die anderen Weltgegenden nicht kalt lassen. Das gilt vor allem für den Nachbarcontinent Europa und den Nahen Osten.

Die jungen Menschen Afrikas stellen eine Zeitbombe für die Regierbarkeit der afrikanischen Länder dar. Die Konzentration von politischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen weniger treibt viele arbeitslose Jugendliche in die Revolte. Der Arabische Frühling und die derzeitigen Protestbewegungen in allen Teilen Afrikas sind Zeichen für die verbreitete Instabilität. Diese muss der Kontinent in den kommenden Jahrzehnten unbedingt angehen.

Aus Sorge, ihre Privilegien zu verlieren, unterdrücken die Machthaber die Protestbewegungen. Die freie Meinungsäußerung ist vielfach bedroht, wenn es um das Offenle-

gen von Korruption und Vetternwirtschaft der politischen Führer – mit Hilfe unseriöser multinationaler westlicher und asiatischer Konzerne – geht. Letztere tragen dazu bei, dass die Sorge der Afrikaner vor einer Neokolonisierung des Kontinents zunehmen, da sie es nicht schaffen, in Afrika gute Arbeitsplätze zu schaffen. Die Folge sind bewaffnete Aufstände und terroristische Akte.

Ein weiteres Phänomen verdient Beachtung: die massenhafte Flucht junger Menschen aus Afrika. Auf der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten werden sie zu Migranten. Die alternde Bevölkerung im Westen und der Bedarf an billigen Arbeitskräften im Osten verleiten immer mehr junge Afrikaner dazu, ihr Leben auf unsicheren Fluchtwegen zu riskieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die demografische Entwicklung Afrikas ganz klar als internationale Herausforderung dar.

LINKS

UN, 2019: World Population Prospects 2019 – Highlights:
https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019_Highlights.pdf
African Development Bank, World Economic Forum und World Bank Group, 2017: The Africa Competiveness Report 2017.
http://www3.weforum.org/docs/WEF_ACR_2017.pdf



SAMIR ABI
 arbeitet für Visions Solidaires, eine nichtstaatliche Entwicklungsorganisation in Togo.
samirvst@gmail.com



In Afrika, wie hier in Ruanda, gelten viele Kinder als Zeichen von Reichtum.

Demografische Dividende

Die demografische Dividende ist ein Effekt, der vor allem asiatischen Ländern zu großem Wirtschaftswachstum verholfen hat. Er entsteht, wenn es sehr viele Menschen im arbeitsfähigen Alter gibt, die Geburtenrate sinkt, aber nicht sehr viele alte Menschen versorgt werden müssen. Dann

können junge Erwerbstätige Vermögen bilden. Wenn diese Ersparnisse produktiv im Land angelegt werden, wächst die Wirtschaft.

Damit die demografische Dividende eintritt, müssen allerdings mehrere Voraussetzungen gegeben sein. Es reicht nicht, dass nur eine vergleichs-

weise kleine Zahl von abhängigen Kindern und Senioren versorgt werden müssen, sondern es muss auch genügend Arbeitsplätze für die große Gruppe der 15- bis 65-Jährigen geben. Nur dann steigt das Einkommen, das die Familien zur Verfügung haben, so dass sie Ersparnisse bilden können.

Der Staat kann von dieser volkswirtschaftlichen Verbesserung profitieren und sie für die Entwicklung nutzen. Hö-

here Produktivität und gestiegene Einkommen ermöglichen dann auch eine aufwändigere Versorgung von Senioren, allerdings kann langfristig die gesellschaftliche Alterung auch zu Problemen führen, wenn immer weniger Berufstätige eine wachsende Zahl von Rentnern finanzieren muss. Ob Afrika allerdings überhaupt von einer demografischen Dividende profitieren kann, ist noch nicht klar. sa

ARBEITSMARKT

Kaum Jobs, Massen junger Leute

Afrikas Volkswirtschaften müssen jährlich 25 Millionen gute Arbeitsplätze schaffen, damit alle Jugendlichen Beschäftigung finden und der informelle Sektor modernisiert wird. Es gibt Fortschrittschancen, aber keine Blaupause für Erfolg. Es gilt zudem, globale Megatrends zu beachten. Regierungen stehen folglich vor großen Herausforderungen.

Von Hans Dembowski

Die Zahlen sprechen für sich. Tilman Altenburg vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) schätzt, dass 350 Millionen Afrikaner unter harten Bedingungen, ohne soziale Sicherung und mit geringen Einkommen im informellen Sektor rackern (siehe hierzu auch Hans Dembowski im Monitor von E+Z/D+C e-Paper 2019/11). Erschwerend kommt hinzu, dass jährlich 13 Millionen junge Menschen auf die Arbeitsmärkte drängen. Laut Altenburg braucht Afrika jährlich 25 Millionen neue, menschenwürdige Arbeitsplätze.

Gut wäre eine demografische Dividende, wie sie Schwellenländer in Ost- und Südostasien in den vergangenen Jahrzehnten erlebten. Wie Altenburg ausführt, ermöglichte dort das große Angebot an jungen Arbeitskräften, die sich nicht um abhängige Familienmitglieder – ob Kinder oder Senioren – kümmern mussten, Industrialisierung (siehe Kasten auf Seite 19). Die Beschäftigungsbedingungen waren hart. Trotz niedriger Löhne waren die Einkommen aber höher als in der Vergangenheit. Die Exporte expandierten schnell und Volkswirtschaften begannen zu prosperieren.

Die große Frage ist, ob solch eine Dynamik auch in Afrika ausgelöst werden kann. Bei einer DIE-Konferenz im Februar wies Altenburg daraufhin, dass globale Megatrends eine Rolle spielen – wie etwa der demografische Wandel, Verstädterung und neue Muster im Welthandel. Derlei könne nützlich, aber auch hinderlich sein.

Fachleute erkennen derzeit jedenfalls keinen Entwicklungsmotor, der sich in Afrika als so wirkungsvoll erweisen könnte wie

das Wachstum der Leichtindustrie in Asien. Die Problemlage ist außerordentlich komplex (zur Einschätzung der Lage durch die UN Economic Commission for Africa siehe Kasten unten).

Manche Wissenschaftler hoffen, dass chinesische Industrieunternehmen ihre Produktion in Niedriglohnländer verlagern, weil die Löhne in der Volksrepublik deutlich steigen. Die Erwartung, dass so Millionen neuer Jobs in Afrika entstehen, ist aber vermutlich überzogen. Dafür sprechen jedenfalls Studien des DIE sowie des Londoner Overseas Development Institute (ODI). Deren Forschungsstand besagt,

- dass chinesische Firmen am liebsten in Asien investieren,
- dass sie wegen Automatisierung und Digitalisierung weniger Arbeitskräfte brauchen, und
- dass chinesische Unternehmen umso größeres Interesse an Auslandsinvestitionen haben, je größer die Anteile nicht chinesischer Investoren an ihrem eigenen Kapital sind, was hieße, dass westliche Investoren auch in diesem Kontext für Direktinvestitionen in Afrika entscheidend blieben.

Lindsay Whitfield von der Universität Roskilde hat sich auf internationale Lieferketten spezialisiert. Sie sagt, es reiche nicht mehr, Sonderwirtschaftszonen einzurichten, um beispielsweise die Textilindustrie

ins Land zu holen. Trotz großer diesbezüglicher Anstrengungen habe sich beispielsweise Äthiopien mit der Integration in Lieferketten sehr schwer getan. Niedrige Löhne hätten nicht gereicht. Wie Whitfield ausführt, kommt es darauf an, internationale Markenunternehmen ins Boot zu holen. Lieferketten seien heute sehr anspruchsvoll und würden präzise gemanagt. Äthiopien sehe nun erste Erfolge, aber diese Strategie könne nicht in vielen Ländern funktionieren.

WACHSENDE STÄDTE

Eine weitere Hoffnung ist, dass Urbanisierung und die Nachfrage wachsender Mittelschichten Chancen für breitenwirksame Entwicklung bieten. Ousmane Badiane vom multilateralen International Food Policy Research Institute (IFPRI) in Washington erkennt ein großes Beschäftigungspotenzial in der Modernisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Stadt und Land. Ernten sollten regional verarbeitet werden und die Produkte dann effizient an städtische Verbraucher geliefert werden (siehe seinen mit Shenggen Fan verfassten Aufsatz in der Tribüne von E+Z/D+C e-Paper 2019/12). Dabei kann sich moderne digitale Technik als nützlich erweisen (siehe Interview mit Peter Njonjo im Schwerpunkt von E+Z/D+C e-Paper 2019/11).

Abebe Shimeles von der multilateralen afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) erkennt solche Chancen auch, warnt aber, sie dürften nicht überschätzt werden. Afrikas neue Mittelschichten hätten sich noch nicht stabilisiert. Viele Familien fielen wieder in Armut zurück, während andere neu den Aufstieg in die Mittelschicht schafften. Soziale Ungleichheit bleibe stark ausgeprägt.

Bildung sei wichtig, sagt Shimeles, bringe aber bislang eher individuelle als gesellschaftliche Erträge. Höhere Produktivität könnte Volkswirtschaften beflügeln, aber weder Berufsbildung noch Hochschulen hätten solche Trends in Afrika ausgelöst.

Es gibt kein Rezept, um demografische Dividenden in Afrika einzustreichen. Nötig ist jedenfalls kluge Wirtschaftspolitik. Regierungen müssen erkennen, welche Branchen in ihrem Land Wettbewerbsvorteile haben und entsprechende Förderkonzepte umsetzen.

Leider besteht Zweifel daran, dass afrikanische Politiker ihren Aufgaben gewach-

sen sind. Stefan Dercon von der Universität Oxford warnt, Neopatrimonialismus sei weit verbreitet: Regierungen verwendeten staatliche Ressourcen, um Allianzen mit mächtigen Interessengruppen zu schließen,

aber intensive Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Fachleuten, der Stärkung von Institutionen und der Definition von Normen erfordere. Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) sei



Der informelle Sektor ist riesig: Buchhändler in Nairobi.

und die Beteiligten sicherten dann gemeinsam ihre Privilegien.

Dercon befindet, allzu wenige Länder in Afrika hätten die nötigen Grundlagen für einen „nationalen Wachstumspakt“. Einigen traue er Erfolg zu – beispielsweise Kenia und Äthiopien in Ostafrika oder Ghana und Senegal in Westafrika. Um die Art von politischem Konsens zu erreichen, der in asiatischen Schwellenländern wertvoll war, müssten folgende Grundvoraussetzungen erfüllt sein:

- Frieden und politische Stabilität,
- effektive Staatsapparate sowie
- Spitzenpolitiker und Eliten, die Wirtschaftswachstum zur Priorität machten.

Ein erfahrener Vertreter einer bilateralen Entwicklungsagentur, der nicht namentlich genannt werden will, erkennt einen markanten Widerspruch: Regierungsführung zu verbessern sei eine langfristige Aufgabe, die nicht viel Geld koste,

dagegen auf möglichst großen Mittelabfluss ausgerichtet und stütze sich dabei regelmäßig auf Behörden mit neopatrimonialen Eigenschaften. Quantitativ hohe ODA-Zielmarken seien deshalb tendenziell dysfunktional.

Auch Carlos Lopes von der Afrikanischen Union (AU) räumt ein, die Komplexität der Herausforderungen überfordere die Kapazitäten vieler Regierungen. Die internationale Debatte sei aber hilfreich und führe zu höheren Ansprüchen.

Aus seiner Sicht könnte auch das Bevölkerungswachstum in Afrika schneller zurückgehen, als bislang erwartet. Rückläufige Mütter- und Kindersterblichkeit seien vielversprechend. Da Gesellschaften auf anderen Kontinenten schnell alterten, könnte Afrikas Jugendlichkeit, die heute vielfach als Zeitbombe wahrgenommen wird, sich sogar als globales öffentliches Gut erweisen, urteilt Lopes.

Vernetzte Probleme

Afrikas Politiker müssen sich mehreren großen Herausforderungen stellen. Aus Sicht von Vera Songwe von der UN Economic Commission for Africa sind relevante Trends eng miteinander verflochten.

Der Klimawandel spielt eine Rolle. Der Äquator verläuft durch Afrika, und der Kontinent sei schon überdurchschnittlich heiß, sagt Songwe. Andererseits biete innovative erneuerbare Energieversorgung neue Möglichkeiten. Auch die Digitalisierung biete Chancen, die Afrika

nicht verpassen dürfe. In Nairobi leisteten junge Leute heute digitale Dienste für ausländische Kunden. Ihre absolute Zahl sei noch klein, wachse aber schnell. Gleichzeitig urteilt die Ökonomin, dass nicht nur Afrika, sondern auch Europa die digitale Entwicklung großenteils verschlafen habe. Die führenden Konzerne kämen nämlich aus den USA und China.

Songwe urteilt, afrikanische Staaten müssten mehr Steuern eintreiben und mehr Infrastruktur aufbauen. Auf

Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) dürften sie sich – besonders angesichts ihres eigenen Wirtschaftswachstums – nicht dauerhaft verlassen. Andererseits lobt Songwe die beschlossene Continental Free Trade Area (CFTA), die mehr innerafrikanische Wirtschaftsbeziehungen ermöglichen werde. Sie spricht von einer „neuen Art des Multilateralismus“.

Die Ökonomin warnt, Afrikas Volkswirtschaften seien dabei, die Chance einer demografischen Dividende zu verpassen (siehe Hauptbeitrag). Südafrika und Nigeria hätten das schon getan. Andererseits

sei es positiv, dass 92 Prozent aller afrikanischen Mädchen heute zur Schule gingen und unter Studierenden an Hochschulen die Geschlechterparität erreicht sei. Auf dem Arbeitsmarkt sehe es aber anders aus, denn beispielsweise nur sieben Prozent der Angestellten der Finanzwirtschaft seien weiblich. Fachleuten ist klar, dass Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung junge Frauen mehr betrifft als junge Männer, was traditionelle Rollenvorstellungen stärkt und möglicherweise dazu führt, dass Geburtenraten langsamer sinken (siehe auch Beitrag von Samir Abi auf S. 18). dem

Foto: dem



Bezieher der Grundrente auf Sansibar im Jahr 2018.

ALTERUNG UND SOZIALE SICHERHEIT

Afrikas Senioren

Die Zahl der älteren Menschen wird in Afrika in den kommenden Jahren so schnell wachsen wie nirgendwo sonst. Das stellt den Kontinent vor enorme Herausforderungen. Wichtig ist deshalb die Einführung von steuerfinanzierten Grundrenten.

Von Florian Jürgens

Afrika ist ein Kontinent der Jugend: Das Medianalter liegt derzeit bei 19 Jahren, während es in Europa 43 und in Asien 32 Jahre beträgt. Doch das wird sich ändern. In den kommenden Jahrzehnten wird sich der Anteil der älteren Menschen in Afrika immer mehr dem der Industrieländer annähern. Das erscheint zunächst überraschend, doch diese Veränderung kündigt sich seit längerem an. Seit 40 Jahren steigt der Anteil der älteren Menschen in Afrika, und dieser Trend wird sich beschleunigen. 2050 wird es voraussichtlich mehr als drei Mal so viele Über-60-Jährige geben wie 2017 – ein Anstieg von 69 Millionen auf 226 Millionen (siehe auch Alisa Kaps in diesem e-Paper, S. 25).

Für einige Länder ist eine alternde Bevölkerung bereits Realität. So liegt der Anteil

der Über-65-Jährigen in Tunesien und Mauritius bei etwa sieben Prozent und damit doppelt so hoch wie vor 20 Jahren. Ähnlich ist es in Botswana, Südafrika und Libyen.

Die Lebenserwartung auf dem afrikanischen Kontinent ist immer noch niedriger als auf jedem anderen Erdteil, aber gleichzeitig wurden hier im weltweiten Vergleich die größten Fortschritte der vergangenen zwei Jahrzehnte erzielt. Nach UN-Angaben ist die Lebenserwartung bei Geburt zwischen 2000 und 2005 sowie zwischen 2010 und 2015 um mehr als sechs Jahre gestiegen. Durch Verbesserungen in der Armutsbekämpfung und der Gesundheitsversorgung dürfte sie sich zwischen 2045 und 2050 auf 71 Jahre erhöhen (von 60 Jahren zwischen 2010 und 2015).

LEBENSERWARTUNG

Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt wird maßgeblich durch die hohe Kindersterblichkeit beeinflusst und sagt deshalb wenig über das Überleben der älteren Erwachsenen aus. Ein besserer Indikator ist die Lebenserwartung mit 60 Jahren:

Ein heute 60-jähriger Afrikaner kann im Durchschnitt mit 17 weiteren Lebensjahren rechnen.

Neben dem Überleben geht es aber auch um die Lebensqualität. Denn es ist ein Unterschied, ob die zusätzlichen Jahre bei guter oder schlechter Gesundheit erlebt werden. Die Weltgesundheitsorganisation misst deshalb die Healthy Life Expectance (HALE), die gesunde Lebenserwartung. Diese steigt weltweit an, aber vielerorts nicht im selben Maße wie die Lebenserwartung. Das heißt, die Zahl der Menschen, die ihr Alter bei schlechter Gesundheit erleben, wird wohl zunehmen. In Kenia zum Beispiel ist die Kluft zwischen der Lebenserwartung von Frauen und Männern mit 60 und die HALE mit 60 zwischen 2000 und 2015 gewachsen.

ÄNDERUNG DER EINSTELLUNG

Der demografische Wandel berührt alle gesellschaftlichen Bereiche, vom Zugang zu altersgerechter Gesundheitsversorgung über die Unterstützung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten von Senioren bis hin zur Sicherung eines regelmäßigen Einkommens in Form einer Rente. Arme und reiche Länder stehen vor derselben Herausforderung: Sie müssen Systeme entwickeln, die ein menschenwürdiges Altern ermöglichen. Die Gesellschaften müssen sich an die Alterung der Bevölkerung anpassen, denn

es geht dabei um die Bedürfnisse von Millionen von Menschen. Angesichts des noch überwiegend jungen Alters der afrikanischen Bevölkerung überrascht es allerdings nicht, dass diese Frage meist noch nicht ganz oben auf der Agenda der Regierungen steht.

Noch ist Zeit, von den Erfahrungen anderer zu lernen, vor allem von asiatischen Ländern, denen die Anpassung von Politik und Sozialsystemen gelungen ist. Jetzt ist auch die Zeit gekommen, Altersdiskriminierung und Vorurteile gegenüber Älteren zu bekämpfen. In einer ugandischen Studie sagten 63 Prozent der befragten Senioren, dass sie Situationen erlebt hätten, in denen sie sich aufgrund ihres Alters nicht ernst genommen gefühlt hätten.

Vorurteile und Missverständnisse können dazu führen, dass eine Behinderung im Alter nicht erkannt, sondern als natürliche Begleiterscheinung des Alterns angesehen wird. Es braucht neue Narrative, die nicht nur wiedergeben, was ältere Menschen für die afrikanischen Familien, Gesellschaften und Volkswirtschaften leisten, sondern die auch anerkennen, dass die Menschenrechte auch für alte Menschen uneingeschränkt gelten.

AUSWEITUNG DER SOZIALEN SICHERUNG

Aber wovon leben? Den meisten Menschen in Afrika fehlt im Alter ein sicheres Einkommen. Dieses während des gesamten Lebenszyklus zu gewährleisten, ist eine Kernaufgabe des Staates, denn es ist ein Menschenrecht – verankert in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und, auf regionaler Ebene, im Protokoll der Afrikanischen Union zur Afrikanischen



Ältere Frauen, wie hier auf Sansibar, sind besonders benachteiligt, da sie in ihrem Leben oft diskriminiert werden und unbezahlte Arbeit verrichten.

Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker.

Die meisten Staaten nutzen als Mechanismus für ein sicheres Einkommen im Alter die Rente. Weltweit erhalten 68 Prozent der älteren Menschen eine Rente, jedoch sind es in Subsahara-Afrika nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation unter 30 Prozent. Und beitragspflichtige Rentensysteme, die auf einer formellen Beschäftigung basieren, decken in Afrika nur einen sehr geringen Prozentsatz der älteren Menschen ab, denn die meisten Afrikaner gehen keiner formellen Beschäftigung nach.

Dies zu ändern, wird ein langer Weg: Nur etwa sechs Prozent der Arbeitnehmer in Subsahara-Afrika zahlen Rentenbeiträge. Während die wenigen Besserverdienenden im Alter von Ersparnissen, Vermögen oder

familiärer Unterstützung leben können, haben die meisten Afrikaner sogar in ihren produktivsten Jahren nur geringe und unzuverlässige Einkommensquellen. Besonders benachteiligt sind ältere Frauen. Nach einem von Diskriminierung und unbezahlter Arbeit geprägten Leben bleiben die meisten von ihnen auch im Alter sozial und wirtschaftlich in der Abhängigkeit.

Die gute Nachricht ist, dass immer mehr afrikanische Länder steuerfinanzierte Grundrenten einführen. Vor allem das östliche und das südliche Afrika haben eine lange Tradition von steuerfinanzierten Grundrenten. Das älteste dieser Systeme ist der 1927 in Südafrika eingeführte Old Age Grant. Es folgten Namibia (1942), Botswana (1996), Lesotho (2004) und Swasiland (2005). Kleine Inselstaaten wie Mauritius und die Seychellen haben ebenfalls schon seit vielen

Sansibar: Bahnbrechende universelle Grundrente

Im Jahr 2016 richtete die teilautonome Regierung der Insel Sansibar, die zu Tansania gehört, das Zanzibar Universal Pension Scheme (ZUPS) ein, die erste vollständig staat-

lich finanzierte allgemeine Grundrente Ostafrikas. Das ZUPS berechtigt alle Einwohner Sansibars ab 70 Jahren zu einer monatlichen Rente von etwa acht Euro. Einer Unter-

suchung zufolge wirkte sich dieses garantierte Einkommen positiv auf ältere Menschen und ihre Haushalte aus und ermöglichte es ihnen, ihre Ausgaben für Lebensmittel, Gesundheit und Bildung zu erhöhen. Qualitative Erhebungen zeigten zudem, dass die Rente das Wohlbefinden der älteren Menschen verbesserte. Für einige ist die Rente die

einzige Einkommensquelle. Die Empfänger sagen, die Rente gebe ihnen ein Gefühl der Würde und Unabhängigkeit. Eine Empfängerin sagte: „Früher bekamen wir kein Geld und manche Leute konnten sich nur eine Mahlzeit am Tag leisten. Jetzt ist es besser.“ Eine andere Frau sagte: „Endlich habe ich mein eigenes Geld und bin von niemandem mehr abhängig.“

Jahren Grundrenten, die 1950 beziehungsweise 1979 eingeführt wurden.

Jüngste Beispiele sind Kenia (2018), dessen universelle Grundrente fast eine Million ältere Menschen erreicht, und die Insel Sansibar im Jahr 2016 (siehe Kasten vorige Seite). Ugandas Senior Citizens Grant erreicht 348 000 ältere Menschen und wird derzeit landesweit eingeführt, um weitere 200 000 ältere Ugander zu integrieren.

Der Bezug einer Rente kann das Leben drastisch verändern. Krankheiten – vor allem chronische – und Behinderungen machen das Älterwerden zu einer kostspieligen Angelegenheit. Fast die Hälfte der Über-60-Jährigen hat irgendeine Form von Behinderung, und sowohl das Risiko als auch die Prävalenz der Behinderung steigen mit dem Alter.

Wie wichtig eine Rente ist, betonen ältere Menschen immer wieder selbst, doch es gibt auch objektive Anzeichen. Renten helfen ihnen nicht nur bei der Bewältigung ihres Alltags, sie steigern auch ihre Würde und Unabhängigkeit innerhalb ihrer Familien und Gemeinschaften. Besonders positive Auswirkungen hat die Auszahlung von Renten als Bargeldtrans-

fers. Dadurch verbessert sich der Zugang älterer Menschen zur Gesundheitsversorgung und ihr allgemeines Wohlbefinden, denn sie haben einen besseren Zugang zu Lebensmitteln und sanitären Einrichtungen, ein höheres Selbstwertgefühl und mehr Würde, wie die Nichtregierungsorganisation HelpAge in einer Studie herausgefunden hat.

Aber nicht nur die Rentner selbst profitieren von einer Rente, sondern auch die mit ihnen im Haushalt lebenden Erwachsenen und Kinder. Zu den dokumentierten Vorteilen für Kinder gehören eine bessere Ernährung, eine höhere Schulbesuchsrate und weniger Kinderarbeit. Renten unterstützen auch die wirtschaftliche Entwicklung, denn sie tragen zur Steigerung des Haushaltseinkommens bei. Und schließlich stärken Renten auch die Rolle der Frauen: Sie können dazu beitragen, dass geschlechtsspezifische Ungleichheiten nicht ins Alter hineingetragen oder im Alter noch verstärkt werden.

QUELLEN

UN, 2019: *World Population Prospects: The 2019 Revision*.

<https://population.un.org/wpp/Publications/>
UN, 2019: *World Population Ageing*.
<https://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/ageing/WorldPopulationAgeing2019-Highlights.pdf>
ILO, 2018: *Social protection for older persons: Policy trends and statistics 2017–19*.
https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-/-ed_protect/-/-soc_sec/documents/publication/wcms_645692.pdf

HelpAge, 2017: *Cash transfers and older people's access to healthcare: A multi-country study in Ethiopia, Mozambique, Tanzania and Zimbabwe*.

<http://www.helpage.es/silo/files/cash-transfers---.pdf>

HelpAge, 2019: *Impact Evaluation of the Zanzibar Universal Pension Scheme*.
<https://www.helpage.org/newsroom/press-room/press-releases/older-peoples-lives-transformed-in-zanzibar-through-pioneering-universal-social-pension-scheme/>



FLORIAN JÜRGENS
ist Global Advisor – Social Protection bei HelpAge International.
florian.juergens@helpage.org

tensysteme auf die zunehmende Alterung ausgerichtet werden können, bestimmt in den Ländern des globalen Nordens viele politische und gesellschaftliche Debatten. Nachhaltige Lösungen dafür zu finden wird immer dringender, denn die schwierigen Jahre stehen den Staaten durch die alternenden Jahrgänge der „Babyboomer“ erst noch bevor.

Die Alterung der Gesellschaft betrifft aber nicht nur den globalen Norden, sondern zunehmend auch Schwellen- und Entwicklungsländer. Da in Lateinamerika, Nordafrika und dem Nahen Osten die Lebenserwartung in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen ist, dürfte sich der Anteil der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung dort bis 2050 verdoppeln. Die Staaten stehen vor der Herausforderung, die Gesundheits- und Sozialsysteme auszubauen, um den Bedürfnissen der wachsenden Zahl älterer Menschen gerecht werden zu können.

Die zunehmende Alterung ist das Ergebnis eines Entwicklungspfades, der als

15- bis 24-Jährigen übersteigen. Die Weltbevölkerung wird künftig also vor allem eines: immer älter.

Wer etwa aus Italien, Portugal oder Deutschland kommt, ist darüber kaum verwundert. Hier liegt das Medianalter, das die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt, bei über 45 Jahren. Das sind Spitzenwerte in Europa, der ältesten Weltregion. Nur in Japan sind die Menschen mit einem Median von 48 Jahren noch älter.

Dass die Menschen immer älter werden, bringt vor allem dort Probleme mit sich, wo der Anteil der Älteren gegenüber den Menschen im Erwerbsalter zunimmt. Denn Letztere müssen die Mittel erwirtschaften, die für die Versorgung der Rentner nötig sind. Die Frage, wie Sozial- und Ren-



Japan hat die älteste Gesellschaft der Welt.

demografischer Übergang bezeichnet wird (siehe Kasten nächste Seite). Am Ende dieses Prozesses schrumpft die Bevölkerung. Bis 2050 dürften insgesamt 55 Länder weltweit einen Rückgang ihrer Einwohnerzahlen von mindestens einem Prozent erleben, viele davon in Europa. Die größten absoluten Verluste sind allerdings in China zu erwarten: Laut UN-Schätzungen wird der Bevölkerungsriese, der heute mit 1,4 Milliarden mehr Einwohner zählt als der gesamte afrikanische Kontinent, Mitte des Jahrhunderts etwa 37 Millionen Menschen weniger haben. Die Folgen der Ein-Kind-Politik werden das Land sehr bald vor neue demografische Herausforderungen stellen (siehe Beitrag von Felix Lee auf S. 29).

Insgesamt wird die Weltbevölkerung künftig langsamer wachsen als in der Vergangenheit. Seit Mitte der 1960er Jahre hat sich die Wachstumsrate bereits von zwei auf ein Prozent halbiert. Doch da heute deutlich mehr Menschen im reproduktiven Alter auf der Erde leben als vor knapp 60 Jahren, wächst die Bevölkerung aktuell noch jährlich um etwa 80 Millionen. Bis 2050 entspricht das einem Zuwachs von rund 2 Milliarden auf 9,7 Milliarden Erdenbürger. Der Zuwachs konzentriert sich vor allem auf Süd- und Zentralasien sowie auf Afrika. Allein auf Subsahara-Afrika wird in den

nächsten 30 Jahren über die Hälfte des globalen Bevölkerungswachstums entfallen.

DEN ÜBERGANG MEISTERN

Eine wachsende Bevölkerung stellt kein Problem dar, solange die steigende Zahl an Menschen gut versorgt werden kann. Allerdings liegt genau hier die Herausforderung für Subsahara-Afrika: In vielen Staaten der Region fehlt es schon heute an Nahrung, Sanitäreinrichtungen, Krankenhäusern oder Schulen. Zudem mangelt es nahezu überall an Arbeitsplätzen, die ein auskömmliches Leben ermöglichen und den Menschen eine Zukunftsperspektive bieten (siehe Beitrag von Samir Abi auf S. 19).

Der Hauptgrund für das rasche Wachstum der afrikanischen Bevölkerung liegt in den anhaltend hohen Kinderzahlen in der Region. Während die Sterberaten in allen Ländern des Kontinents bereits stark gesunken sind, fallen die Geburtenziffern deutlich langsamer als zuvor in anderen Weltregionen. So bringen Frauen in Afrika im Laufe ihres Lebens heute durchschnittlich 4,5 Kinder zur Welt und damit beinahe doppelt so viele wie in allen anderen Teilen der Welt.

Der Blick auf die Durchschnittswerte verschleiert jedoch die große Spannweite,

die es in Sachen demografischer Entwicklung in Afrika gibt. Einige Länder, wie die hoch entwickelten Inselstaaten Mauritius und Seychellen oder die nordafrikanischen Staaten Marokko und Tunesien, sind für afrikanische Verhältnisse bereits weit im demografischen Übergang vorangeschritten. Die Geburtenziffern liegen dort bei unter 2,5 Kindern je Frau.

Andere Länder erleben zurzeit einen raschen Rückgang der Kinderzahlen, da sie an den wesentlichen Stellschrauben gedreht haben: So ist es beispielsweise in Ghana gelungen, durch Investitionen in der Landwirtschaft die Einkommen von Kleinbauern zu erhöhen, was sich positiv auf die Kindergesundheit ausgewirkt hat. Gepaart mit hohen Bildungsinvestitionen, hat dies dazu geführt, dass sich die Sicht auf die ideale Familiengröße verändert und Frauen im Schnitt nun 3,9 Kinder bekommen. Das gilt auch für Äthiopien, wo die Geburtenziffer von über sieben Kindern pro Frau in den 1990er Jahren auf etwas mehr als vier Kinder gesunken ist – vor allem dank Verbesserungen im Gesundheitssystem, einem leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln und mehr Mitbestimmung und Bildung für Frauen.

Die Beispiele zeigen, dass es im Hinblick auf die demografische Entwicklung

BEVÖLKERUNGSTRENDS

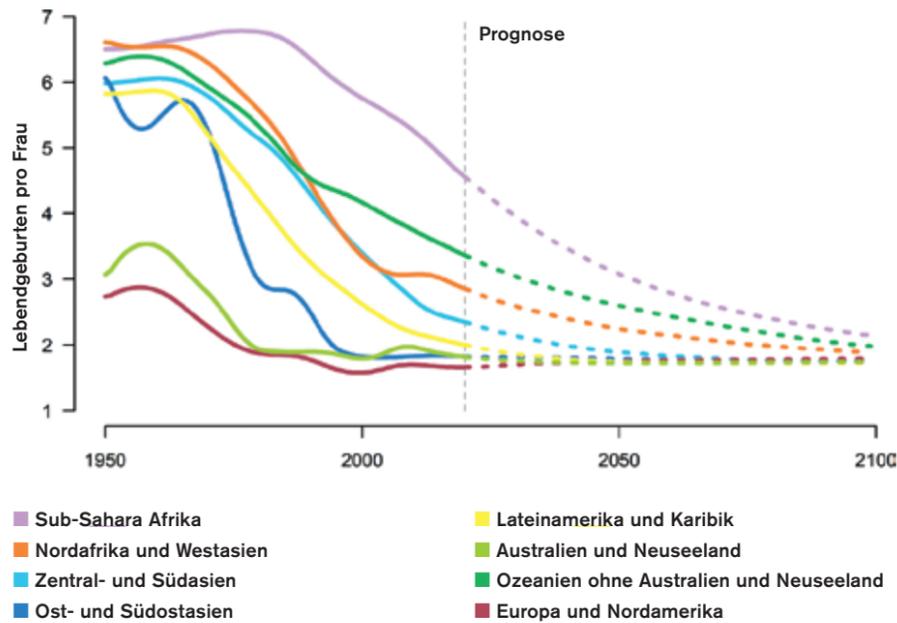
Noch mehr und immer älter

Die Weltbevölkerung wächst zwar langsamer als in der Vergangenheit, doch noch immer kommen jährlich rund 80 Millionen Menschen hinzu. Die demografische Entwicklung stellt alle Weltregionen vor Herausforderungen. Am größten sind sie in Subsahara-Afrika.

Von Alisa Kaps

Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit übertraf 2018 die Zahl der Menschen über 64 Jahren die der Kinder unter fünf Jahren. Laut UN-Prognosen wird sich die Zahl der Menschen im Rentenalter in den nächsten 30 Jahren noch einmal verdoppeln. Dann werden die älteren Jahrgänge zahlenmäßig auch die Altersgruppe der

Geburtenhäufigkeit pro Region



auf dem afrikanischen Kontinent einige positive Trends gibt. Andere Länder können von diesen Erfahrungen lernen und daraus Maßnahmen ableiten, um ihren eigenen demografischen Übergang zu beschleunigen. Sollten die Fertilitätsraten in Subsahara-Afrika künftig schneller sinken als bisher, dürfte langfristig nicht nur der Versorgungsdruck nachlassen. Mittelfristig würde das auch einen Wandel der Altersstruktur mit sich bringen, der einen ökonomischen Vorteil für die afrikanischen Staaten darstellen kann: nämlich dann, wenn sich der Schwerpunkt der Bevölkerung von den jüngsten Jahrgängen hin zu jenen im Erwerbsalter verschiebt, die wenige Kinder und Ältere zu versorgen haben. Dann stehen der Wirtschaft überproportional viele Menschen zur Verfügung, die für einen demografiebedingten Entwicklungsschub sorgen können – vorausgesetzt die nötigen Arbeitsplätze sind vorhanden (siehe Info-

mischen Vorteil für die afrikanischen Staaten darstellen kann: nämlich dann, wenn sich der Schwerpunkt der Bevölkerung von den jüngsten Jahrgängen hin zu jenen im Erwerbsalter verschiebt, die wenige Kinder und Ältere zu versorgen haben. Dann stehen der Wirtschaft überproportional viele Menschen zur Verfügung, die für einen demografiebedingten Entwicklungsschub sorgen können – vorausgesetzt die nötigen Arbeitsplätze sind vorhanden (siehe Info-

kasten zur demografischen Dividende auf S. 19).

Unter den richtigen Rahmenbedingungen könnte die demografische Entwicklung den afrikanischen Staaten in Zukunft also einen Vorteil gegenüber den alternden Gesellschaften des globalen Nordens einbringen, denen zunehmend die Erwerbsfähigen ausgehen. Dazu müssten die Regierungen Subsahara-Afrikas allerdings in jenen Bereichen für Verbesserungen sorgen, die nachweislich einen Einfluss auf die Kinderzahlen haben: im Gesundheits- und Bildungssektor und bei den Arbeitsplätzen.

Auf der anderen Seite müssen die Staaten des globalen Nordens Wege finden, mit Alterung und Schrumpfung umzugehen und dabei Wirtschaft und Wohlfahrtssysteme am Laufen zu halten. Ein Mittel, um beide Entwicklungen abzufedern, ist Migration. Dagegen gibt es allerdings in den entwickelten Staaten momentan große Vorbehalte. Der demografische Wandel könnte diese Staaten schon sehr bald dazu zwingen, sich einzugestehen, dass sie in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen sind.



ALISA KAPS
ist Wissenschaftlerin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und beschäftigt sich hauptsächlich mit den demografischen Herausforderungen in Subsahara-Afrika.
kaps@berlin-institut.org

Quelle: UN World Population Prospects 2019.

Demografischer Übergang

Das vereinfachte Modell des demografischen Übergangs beschreibt den Wandel von einer vorindustriellen Gesellschaft, in der Sterbe- und Geburtenraten auf einem hohen Niveau liegen, hin zu einer Gesellschaft, in der die Kinderzahlen niedrig sind und die Menschen aufgrund einer geringeren Sterblichkeit vergleichsweise alt werden.

Da die Sterberaten stets vor den Kinderzahlen sinken,

wächst die Bevölkerung vorübergehend rasch an. Erst zeitverzögert, bedingt durch mehr Wohlstand, bessere Bildung und die Möglichkeiten für eine individuellere Lebensplanung, sinken die Geburtenziffern. Das Bevölkerungswachstum verlangsamt sich, bis es langfristig ganz zum Erliegen kommt. Aufgrund geringer Kinderzahlen und einer hohen Lebenserwartung wird die Bevölkerung zunehmend älter.

Pioniere dieser demografischen Entwicklung sind die Länder des globalen Nordens. Sie sind in der letzten Phase dieses Transformationsprozesses angekommen, in der das Bevölkerungswachstum bereits abgeklungen ist. Die Geburtenrate liegt hier meist deutlich unter dem sogenannten Reproduktionsniveau von 2,1 Kindern je Frau, bei der eine Bevölkerung auch ohne Zuwanderung langfristig stabil bleibt.

Das gilt allerdings auch für Länder in anderen Regionen, etwa für Brasilien, Chile,

Malaysia oder Nepal. Bereits etwa die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Ländern, in denen Frauen im Laufe ihres Lebens im Schnitt weniger als 2,1 Kinder zur Welt bringen. Neben der weltweit zunehmenden Alterung zeigt dies in einigen Industriestaaten bereits andere Effekte: Die Bevölkerung beginnt zu schrumpfen.

LINK
DSW-Datenreport 2019:
<https://www.dsw.org/wp-content/uploads/2019/12/DSW-Datenreport-2019.pdf>

TEENAGER

Sexuelle Aufklärung ist nötig

In vielen Entwicklungsländern werden junge Menschen nicht systematisch über Sexualität und reproduktive Gesundheit aufgeklärt. Die Tabuisierung schafft Probleme, wie in Pakistan zu sehen ist.

Von Mahwish Gul

Sexuelle Aufklärung gilt in Pakistan als unmoralisch und anstößig. Häufige Kommentare lauten:

- „Unsere Kinder haben keinen vorehelichen Sex, warum sollen wir sie aufklären?“
- „Unsere Generation ist ohne Aufklärung zurecht gekommen.“
- „So soll unsere Gesellschaft verwestlicht werden.“
- „Sex ist ganz natürlich.“
- „Dass Eltern oder Lehrer mit Kindern darüber reden, ist unnatürlich.“

Solchen Sprüchen liegt das Missverständnis zugrunde, Sexualkundeunterricht ermuntere zum Sex. Dabei geht es um Gesundheit, Hygiene, Familienplanung und menschliche Beziehungen.

Pakistan hat eine der jüngsten Bevölkerungen der Welt. Mehr als die Hälfte der Einwohner ist unter 30 Jahre alt. Der Arbeitsmarkt bietet ihnen wenig Chancen. Viele arbeiten im informellen Sektor. Nur wenige sind gut ausgebildet. Mangelnde Sexualaufklärung verstärkt Probleme. Junge Menschen wissen wenig über ihre Körperfunktionen und haben irrige Vorstellungen über Beziehungen. Leicht zugängliche Internetpornografie prägt ihre Vorstellungen – und enthält oft Gewaltszenen. Folglich ist sexuelle Aufklärung heute nötiger denn je.

Doch auch frühere Generationen hätten von solider Information profitiert. Junge Mädchen müssen wissen, dass Menstruation ein natürlicher Vorgang ist. Tabuisierung führt zu Scham, Angst und mangelnder Hygiene. Für viele Mädchen kommt die erste Regelblutung weiterhin als Schock und dann wird ein Leben lang über Menstruation geschwiegen.

In Pakistan heiraten Menschen früh. Das gilt für Frauen besonders: Eine von drei Bräuten ist im Teenageralter. Viele werden

schnell schwanger, und das bedeutet ein Gesundheitsrisiko für sie und das Kind. Früh verheiratete Mädchen schließen seltener die Schule ab und finden seltener Arbeit. Sie bleiben ökonomisch abhängig. Das Risiko häuslicher Gewalt ist für sie höher. Mangelnde sexuelle Aufklärung zurt destruktive Geschlechterrollen fest und begrenzt die Chancen junger Frauen, ihre Persönlichkeit frei zu entfalten. Nur wenn eine Frau weiß, wie sie schwanger wird, was deshalb geschieht und nötig ist, kann sie sich und ihr Baby gesund erhalten.

Dass Pakistan seine Geburtenrate senken muss, ist klar. Seit den 1960er Jahren

propagiert die Regierung zu diesem Zweck Familienplanung. Es gibt Erfolg, aber nicht im ausreichenden Maß (siehe Kasten nächste Seite). Im Durchschnitt bekommt eine pakistanische Frau vier Kinder und viele junge Paare verhüten nicht.

UNGEWOLLTE SCHWANGERSCHAFTEN

Schätzungen zufolge ist jede zweite Schwangerschaft in Pakistan ungewollt. Abtreibungen sind zwar illegal, aber dennoch weit verbreitet. Sie sind sehr riskant, denn die Eingriffe werden meist von medizinisch ungeschulten Personen, aber nicht in klinischen Einrichtungen durchgeführt. Die Lage wäre sicherlich anders, wenn mehr Frauen über Verhütung Bescheid wüssten.

Aber nicht einmal über Krankheiten wird aufgeklärt. Die wenigsten kennen die Übertragungswege von Hepatitis B und C oder von HIV/Aids. Eine Kultur von Scham



Mädchen heiraten in Pakistan oft schon im Teenageralter.

Foto: CGPP

und Ausgrenzung führt dazu, dass niemand die wahre Verbreitung dieser Krankheiten kennt.

Über sexuellen Missbrauch von Kindern wird in Pakistan zunehmend berichtet. Das heißt nicht notgedrungen, dass die Fallzahlen gestiegen sind. Unter Umständen wurde bisher nur darüber geschwiegen. Vertuschung sichert jedenfalls Peinigern Straffreiheit. Hingegen kann es Minderjährigen helfen, sich vor Übergriffen zu schützen, wenn sie über ihre Intimsphäre und ihre Rechte Bescheid wissen.

Die traurige Wahrheit ist, dass Minderjährige und ihre Belange im öffentlichen Leben Pakistans keine Rolle spielen. Es existiert nicht einmal eine staatliche Statis-

tik über ihr soziales und psychisches Wohlbefinden. Ihre seelische Gesundheit wurde noch nie repräsentativ untersucht. Das entspricht dem Umstand, dass ihnen jedwede Information über reproduktive Gesundheit und Sexualität vorenthalten wird.

Vereinzelt arbeiten zivilgesellschaftliche Organisationen daran, die Dinge zu verändern. Sie bezeichnen solche Angebote aber nicht als Sexualaufklärung, sondern sprechen von „Life-skills education“ oder „Family-life education“. So hoffen sie, jungen Leuten wichtige Informationen zu vermitteln. Den Initiatoren ist klar, dass mangelndes Wissen Probleme schafft – weshalb auch ältere Generationen von fachkundigem Rat profitiert hätten. Geschlechtsverkehr ist

nicht das Lernziel. Sexualkunde ist dazu da, die junge Generation auf ein verantwortliches, sicheres und erfülltes Erwachsenenleben vorzubereiten. Dieses Wissen steht vor allem jungen Mädchen zu – denn Nicht- und Falschinformation bezahlen sie allzu oft mit ihrem Körper und manchmal ihrem Leben (siehe Aditi Roy Ghatak in E+Z/D+C e-Paper 2019/05, Debatte).



MAHWISH GUL
ist eine Beraterin aus Pakistan, die sich auf Entwicklungsfragen spezialisiert hat. Sie ist

kürzlich nach Nairobi gezogen.
mahwish.gul@gmail.com

Schnelles Bevölkerungswachstum

Mit über 200 Millionen Menschen ist Pakistan eins der bevölkerungsreichsten Länder der Erde. Aufgrund der hohen Geburtenrate von durchschnittlich vier Kindern pro Frau wird erwartet, dass es bis 2050 Indonesien und Brasilien überholt. Dann würde Pakistan den vierten Rang in der weltweiten Statistik belegen. Dabei hat das Land lange versucht, sein Bevölkerungswachstum einzudämmen.

Familienplanung unterstützt Pakistan seit den 1960ern und war das erste südasiatische Land, das damit anfang. Diese Politik zeitigte aber lange kaum Ergebnisse. Laut Kritikern lag das an wirkungslosen Konzepten, schlechtem Management und generell geringer Maßnahmenqualität.

Auch kulturelle und sozioökonomische Faktoren spielten eine Rolle:

- die starke Präferenz für Söhne, die später ihre alten Eltern versorgen,
- der Wunsch nach einer großen Familie und



- frühe Heirat.
- Relevant waren auch das geringe Bildungsniveau und die hohe Kindersterblichkeit. Wegen ihr wollten Eltern mehrere Kinder haben, damit wenigstens einige überleben würden. Bis in die 1980er Jahre gebar eine durchschnittliche pakistanische Frau noch sechs oder sieben Kinder. In den 1990ern gab es Fortschritte. Von 1990 bis 1997 zeigen die Statistiken einen konstanten Rückgang der Geburtenrate auf im Schnitt vier Kinder pro Frau. Dem entsprach bei der Volkszählung von 1998 dann der Rückgang des Bevölke-

rungswachstums von drei Prozent in den 1980ern auf 2,6 Prozent. Wesentlich war dafür der stark gestiegene Gebrauch von Verhütungsmitteln. Nutzten sie in den 1980ern nur zehn Prozent der Frauen, so waren es 1997 bereits 24 Prozent. Der Trend war auch auf bessere sozioökonomische Bedingungen, mehr Bildung und Massenmedien zurückzuführen.

Regierungshandeln spielte ebenfalls eine positive Rolle. Sowohl Qualität als auch Quantität der Beratungsangebote nahmen zu. Unterschiedliche soziale Gruppen wurden angesprochen, auch in ländlichen Gebieten wurde für Verhütungsmittel geworben. Das nationale Fernsehprogramm warb für kleinere Familien und thematisierte sowohl reproduktive Gesundheit als auch Verhütung. Solche Serien waren beliebt.

Doch der demografische Wandel stockt seit der Jahrhundertwende. Die Geburtenrate sank zwar noch, aber nur noch langsam. Den offiziellen Pakistan Demographic Health Surveys zufolge sank die Zahl der Geburten pro Frau von durchschnittlich 4,1 im Jahr 2006 auf

3,6 zwischen 2017 und 2018. In diesem Tempo wird Pakistan noch mehr als vier Jahrzehnte brauchen, um das Reproduktionsniveau von 2,1 zu erreichen, das eine weitgehend stabile Bevölkerungsgröße bedeutet, wie sie beispielsweise Bangladesch längst erreicht hat (siehe Najma Rizvi in E+Z/D+C e-Paper 2018/07, Debatte).

Die gebremste Dynamik hat verschiedene Gründe. Immer noch werden in Pakistan Ehen in einem sehr jungen Alter geschlossen. Die Kultur ist konservativ und das Familiensystem patriarchal. Aus sozioökonomischen Gründen bevorzugen Familien Jungen, denn Töchter verlassen ihre Familie mit der Hochzeit und kümmern sich später um die Schwiegereltern, nicht um die eigenen Eltern.

Doch Pakistans vergleichsweise schnelles Bevölkerungswachstum hemmt seine Entwicklungschancen. Nachhaltige Resultate wird es nur geben, wenn Mädchen bessere Bildungschancen und Frauen mehr Erwerbsmöglichkeiten bekommen. Zudem muss ihre Gesundheitsversorgung verbessert werden. mg

ALTERSVERSORGUNG

Von der eisernen Schüssel zum Kümmer-Gesetz

China wird alt, bevor es reich geworden ist. Schuld daran ist nicht zuletzt die Ein-Kind-Politik. Inretwegen ist der demografische Absturz im bevölkerungsreichsten Land der Welt unabwendbar. Die Altersvorsorge kommt für Millionen Menschen zu spät.

Von Felix Lee

Mit 55 Jahren ab in die Rente – in China ist das für Frauen im öffentlichen Dienst möglich. Fabrikarbeiterinnen können sogar schon mit 50 in den Ruhestand gehen, Männer mit 60. Das zumindest ist die offizielle Regelung. Klingt nach traumhaften Verhältnissen – die Realität sieht jedoch alles andere als rosig aus.

Mehr als drei Viertel der über 60-Jährigen erhält nicht einmal ansatzweise genug, um davon leben zu können. Das betrifft vor allem Menschen auf dem Land. Aber auch die Arbeitnehmer in den Städten, die derzeit mit 50, 55 oder 60 Jahren Anspruch auf eine staatliche Rente haben, können sich derer schon bald nicht mehr sicher sein. Die Anhebung des Rentenalters auf einheitlich 65 Jahre steht unmittelbar bevor. Sie ist eine der Maßnahmen der Regierung, um eines der gigantischen Probleme Herr zu werden: China altert, bevor es reich geworden ist.

Vor allem die Geschwindigkeit der Überalterung stellt das Land vor immense Probleme. 2004 betrug der Anteil der Über-60-jährigen an der Bevölkerung neun Prozent. 2017 machten sie bereits 16 Prozent aus. Die Regierung schätzt, dass sich ihr Anteil bis 2050 auf fast 40 Prozent erhöhen wird.

Ein Grund ist die gestiegene Lebenserwartung. Sie liegt derzeit bei durchschnittlich 72 Jahren und dürfte aufgrund der besseren medizinischen Versorgung weiter ansteigen. Sehr viel schwerer wiegt aber die Familienpolitik: Mehr als 35 Jahre lang hatte die chinesische Führung die Ein-Kind-Politik betrieben. Selbst westliche Demografie-Experten haben sie lange Zeit gutgeheißen,

in den kommenden Jahren wird sie sich aber als Katastrophe herausstellen.

„Ein Kind – und Ihr werdet glücklich“ lautete die Parole, die in Kinderliedern besungen und in Fernsehspots beworben wurde. Damit versuchte die chinesische Führung seit 1979 das Bevölkerungswachstum zu kontrollieren. Es blieb allerdings nicht bei Parolen: Wer ein zweites Mal schwan-



Die Ein-Kind-Familie war in China jahrzehntelang die Norm. Familie in Wuhan im Jahr 2006.

ger wurde, musste mit drakonischen Strafen rechnen. Millionen Frauen mussten abtreiben, junge Männer wurden zwangssterilisiert, trotz allem zur Welt gebrachte Zweitgeborene hatten keinen Anspruch auf Kindergarten- und Schulplätze.

So rabi die kommunistische Führung vorging – ihre Sorge wirkte Ende der 1970er Jahre berechtigt: Von 1949 bis 1979 hatte sich die Bevölkerung auf knapp eine Milliarde Menschen fast verdoppelt. Für das Riesenreich mit seiner damals noch völlig unterentwickelten Wirtschaft und Infra-

struktur schien das eine kaum zu stemmende Herausforderung. Die Geburtenrate fiel abrupt von durchschnittlich acht Kindern in den Sechzigerjahren auf ein Kind pro Frau. Die kommunistische Führung brüstete sich damit, auf diese Weise 400 Millionen Menschen verhindert zu haben.

Die negativen Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Sozialsysteme kommen nun zum Tragen. Seit 2011 geht die Zahl der Einwohner im arbeitsfähigen Alter drastisch zurück, während gleichzeitig immer mehr Rentner versorgt werden müssen. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Bereits 2030 wird die Volksrepublik mehr Rentner als Kinder und Jugendliche unter 15 Jahre haben. Mitte des Jahrhunderts wird dann jeder dritte Chinese älter als 60 Jahre sein. Schon heute kommen in der staat-

lichen Rentenversicherung nur noch drei Beitragszahler auf einen Rentenempfänger.

Dabei hat China überhaupt erst in den vergangenen zehn Jahren damit begonnen, eine gesetzliche Altersversorgung zu schaffen, von der Rentner auch wirklich leben können. Bis in die Siebzigerjahre unter dem kommunistischen Führer Mao Tse-tung war die Bevölkerung in zwei Gruppen unterteilt: Für die städtische Bevölkerung galt das Prinzip der „Eisernen Schüssel“. Sie hatte Anspruch auf einen Arbeitsplatz, Wohnung und Essensmarken. Mit einem Monatslohn

von unter 50 Euro war für sie vom Kindergarten bis zum Rentenalter planwirtschaftlich alles bis ins Detail geregelt. Die Städter machten aber gerade mal ein Zehntel der Bevölkerung aus. 90 Prozent der Chinesen lebten auf dem Land.

Diese wiederum bekamen Parzellen zugeteilt. Von den Bauern wurde erwartet, dass sie sich weitgehend selbst ernährten. Überschüsse konnten sie an die städtische Bevölkerung verkaufen. Die meisten aber lebten von Subsistenzlandwirtschaft. Die Altersversorgung war ausschließlich Angelegenheit der Familie. Für die Menschen auf dem Land galt daher: Je mehr Kinder sie hatten, desto besser fühlten sich die Eltern fürs Alter abgesichert.

An dieser Zweiteilung änderte sich auch in den ersten Jahren der Wirtschaftsreformen zu Beginn der achtziger Jahre kaum etwas. Die Führung fand es zunächst wichtiger, hohes Wirtschaftswachstum zu generieren. Viele Chinesen zogen vom Land in die Städte und Küstenregionen und waren froh, in den neu entstandenen Industriezentren Geld zu verdienen und es zu einem bescheidenen Wohlstand zu bringen. Das wenige Geld, das sie im Monat vom Lohn zurücklegen konnten, schickten sie den Angehörigen aufs Land. An ein flächendeckendes Sozialversicherungssystem war nicht zu denken.

Doch mit der Einführung der Ein-Kind-Politik funktionierte für die Menschen vom Land die traditionelle Art der Altersvorsorge nicht mehr. Ein junges Ehepaar hatte nun vier Eltern und bis zu acht Großeltern zu versorgen. Hinzu kam, dass nach traditioneller Vorstellung Frauen nach einer Heirat die Eltern des Mannes bei der Altersversorgung zu unterstützen hatten und nicht die eigenen. War das einzige Kind weiblich, hatten die Eltern und Großeltern im Alter niemanden, der sich um sie kümmerte. Jungs zählten denn auch mehr als Mädchen, und viele Mädchen wurden abgetrieben. Das führte wiederum zu einem erheblichen Männerüberschuss.

Viele Jahre konzentrierte sich der Aufbau des Rentensystems auf die Menschen in den Städten. Ein umlagebasiertes Rentensystem gab es bis in die neunziger Jahre zunächst aber nur für Staatsbedienstete und Parteimitglieder sowie Arbeiter und Angestellte der Staatsbetriebe. Privatunternehmen sah die kommunistische Volksrepublik nicht vor.

Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung in den Achtzigerjahren änderte sich das, als junge Männer und Frauen vom Land zu Millionen als sogenannte Wanderarbeiter in die Städte strömten, um in den Fabriken zu arbeiten oder einen Job im Dienstleistungsbereich zu bekommen. Für diese Menschen sah der Staat lange gar keine Vorsorge vor. Sie waren aus Sicht der Führung offiziell



In China gibt es immer mehr alte Menschen. Sie zu versorgen ist eine große Herausforderung. Älterer Mann in einem Dorf in der Provinz Yunnan.

weiter Bauern, die ihre Parzellen beackern konnten. Diese Wanderarbeiter machten aber rasch mehrere Hundertmillionen aus, ab den Neunzigerjahren gar mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Inzwischen hat ein Umdenken stattgefunden. Die Regierung hat ein Rentensystem für Angestellte in der Privatwirtschaft geschaffen. Demnach zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Anteilen Beiträge in einen Sozialfonds ein, der die Angestellten gegen Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit absichert und ihnen eine Grundrente garantiert. Es handelt sich um ein zum Teil kapitalgedecktes System, der andere Teil kommt vom Staat. Das ist die Theorie.

In der Praxis bleibt vor allem die Lage der Wanderarbeiter prekär. Ihre Löhne sind in den letzten Jahren zwar kräftig gestiegen, eine ausreichende Altersversorgung bieten ihnen die meisten Unternehmen aber trotz staatlicher Vorgaben auch weiterhin nicht. Inzwischen kommt es daher regelmäßig zu Streiks in den Fabriken.

Prekär ist es weiterhin auch für die Menschen auf dem Land. Zwar hat die Regierung versprochen, ihre Verhältnisse denen der Menschen in den Städten anzupassen. Doch das sogenannte neue ländliche Rentensystem ist freiwillig. Wegen der geringen Verdienste der Bauern sei dieses System nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, urteilt der am Pekinger Institut für Technologie lehrende Ökonom Hu Xingdou. „Ihnen bleibt nichts anderes übrig, als so lange zu arbeiten, wie es geht, und im hohen Alter auf die Angehörigen zu setzen, wie es schon im Mittelalter in China der Fall war.“

Um das Problem zumindest ein Stück weit zu lindern, hat die Regierung vor fünf Jahren die Ein-Kind-Politik durch eine Zwei-Kind-Politik ersetzt und inzwischen die Geburtenkontrolle komplett aufgehoben. Doch dieses Umsteuern in der Familienpolitik kommt viel zu spät. „Der demografische Absturz wird nicht mehr zu stoppen sein“, sagt Ökonom Hu. Er finde längst statt.

Tatsächlich häufen sich in Chinas sozialen Medien Berichte über alte Menschen, die völlig verwahrlost in ihren Wohnungen oder auf der Straße aufgefunden wurden. Die Angehörigen hatten sich nicht ausreichend um sie gekümmert. Die Regierung hat daraufhin ein Gesetz zum „Schutz der Rechte und Interessen älterer Menschen“ verabschiedet. Es schreibt fest, dass alle Über-60-jährigen Anspruch auf regelmäßigen Kontakt mit Verwandten haben. Nicht nur können die Senioren ihren Lebensunterhalt von ihren Angehörigen vor Gericht einklagen. Diese sind auch verpflichtet, ihre Eltern und Großeltern regelmäßig zu besuchen. Wie oft, legt das Gesetz nicht genau fest. Staatszeitungen schreiben jedoch von „alle zwei Monate“.



FELIX LEE arbeitet für die tageszeitung (taz) und war bis 2019 ihr Chinakorrespondent. felix.lee@taz.de

Foto: kd

Foto: picture-alliance/dpa

FACHKRÄFTEMANGEL

Braindrain bedenken

Deutschland leidet seit vielen Jahren unter Fachkräftemangel. Grund ist unter anderem die demografische Entwicklung. Migranten füllen viele Lücken auf dem Arbeitsmarkt, aber nicht alle. Nun soll ein neues Gesetz die Einwanderung von Arbeitskräften aus Nicht-EU-Ländern erleichtern. Dabei verdienen auch die Folgen für die Herkunftsländer Beachtung – besonders im medizinischen und Pflegebereich, dessen große Defizite die Corona-Pandemie offenbart hat.

Von Richa Arora

Das am 1. März in Kraft getretene Gesetz wird Deutschland als Ziel für potenzielle Migranten noch attraktiver machen – was auch dringend nötig ist: In der Bundesrepublik fehlen, wie in vielen anderen europäischen Ländern auch, zigtausende Pflegekräfte. 2017 waren nach Schätzungen des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen mindestens 38000 Stellen unbesetzt. Die Agentur für Arbeit prognostiziert, dass sich der Bedarf an Pflegekräften aufgrund der alternden Bevölkerung bis 2060 in etwa verdreifachen wird – von derzeit rund 1 Million auf 3 Millionen.

Bislang füllen Arbeitskräfte aus anderen europäischen Ländern wie Polen oder Rumänien Lücken in der Landwirtschaft, vor allem als sogenannte Saisonarbeiter, und in der Pflege – jedoch nicht alle. Defizite gibt es zudem in weiteren Arbeitsmarktsegmenten, etwa bei Ingenieuren und in der Informationstechnologie.

Die Bundesregierung hat daher 2012 die Initiativen „Make it in Germany“ und „Triple Win“ ins Leben gerufen, um gezielt Krankenschwestern und -pfleger sowie Ingenieurinnen und Ingenieure aus bestimmten Ländern anzuwerben. Auf diesem Weg kamen in den vergangenen sechs Jahren mehr als 3000 Krankenschwestern und -pfleger aus Ländern wie den Philippinen, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Tunesien nach Deutschland. Das hat für die Herkunftsländer allerdings nicht nur Vor-

teile: Ihnen gehen qualifizierte Arbeitskräfte verloren.

Der Vorwurf des Braindrains wird oft mit dem Argument gekontert, dass es in Entwicklungsländern wie den Philippinen oder Indien mehr ausgebildete medizinische Fachkräfte gebe als Stellen. Dabei werden aber oft die Ursachen für diesen Überschuss außer Acht gelassen. Die Demografie eines Landes spielt dabei eine wichtige Rol-



Philippinische Pflegerin vor der Covid-19-Pandemie in deutschem Krankenhaus.

le: Die meisten Herkunftsländer haben eine vergleichsweise junge Bevölkerung. Sie verfügen über keine gute medizinische Infrastruktur, also etwa gute und ausreichend viele Krankenhäuser, um alle Fachkräfte zu beschäftigen. Deshalb stellen Länder wie Deutschland oder Kanada attraktive Alternativen für sie dar.

Trotzdem ist diese Migration ein Problem für die Herkunftsländer. Während in Deutschland nach Weltbank-Angaben 2016

13,2 Krankenschwestern und -pfleger auf 1000 Einwohner kamen, waren es in Indien und den Philippinen nur 2,1 beziehungsweise 0,2. Die Corona-Pandemie hat dieses Ungleichgewicht deutlich zutage gebracht: Deutschland hat eine hohe Anzahl an Intensivbetten für Erkrankte in kritischem Zustand, ringt aber mit dem Mangel an Personal. Länder wie Indien und die Philippinen verfügen weder über die Infrastruktur noch die Fachkräfte, um Kranke adäquat zu versorgen.

Covid-19 legt somit die Folgen des Braindrains und den mangelnden Ausbau der Gesundheitsinfrastruktur in Entwicklungsländern offen. Das sollte sowohl Herkunfts- als auch Empfängerländer von Arbeitsmigranten ins Grübeln bringen. Die Schuld für die Abwanderung von Fachkräften liegt nicht bei einzelnen Ländern, sondern ergibt sich durch ein Zusammenspiel vieler Faktoren. Migrationsanreize, wie sie etwa Deutschland und Kanada schaffen, spielen ebenso eine Rolle wie Rücküberweisungen, von denen Familien in Herkunftsländern abhängen. Win-win-Situationen sind möglich.

Ein positives Beispiel ist der „Triple Win“-Ansatz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er zielt darauf ab,

- Arbeitskräfte nur dort anzuwerben, wo ein Überschuss besteht,
- Integration durch gezielte Unterbringung in Deutschland zu fördern und
- die Migranten dazu zu bringen, Rücküberweisungen auf legalen Wegen vorzunehmen.

Es muss allerdings noch mehr passieren. Die aufnehmenden Länder sollten die Gesundheitssysteme in Herkunftsländern stärken, indem sie sie finanziell unterstützen und medizinisches und Pflegepersonal professionell ausbilden. Die Covid-19-Pandemie zeigt, wie dringend das ist. Die Unterstützung, die die Bundesregierung Entwicklungsländern im Kampf gegen Covid-19 leistet, schließt bessere Versorgung und Ausstattung von Krankenhäusern ein. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.



RICHA ARORA ist Alexander-von-Humboldt-Stipendiatin bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

<https://www.swp-berlin.org>

UN-PROGNOSE

Wo die Bevölkerung kleiner wird

Die Weltbevölkerung wächst weiterhin und altert zugleich, wie der UN-Bericht *World Population Prospects 2019* aufzeigt. Geburtenraten sinken, aber die Lebenserwartung steigt. Für die Bevölkerungsentwicklung einzelner Länder ist Migration ein wichtiger Faktor.

Von Sarah Josef

Im Jahr 2050 wird die Lebenserwartung weltweit im Schnitt 77,1 Jahre betragen. Das wären 4,5 Jahre mehr als heute, wie die UN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten (Department of Economic and Social Affairs – DESA) in dem Bericht ausführt. Allerdings liege die durchschnittliche Lebenserwartung in reichen Weltregionen auch heute schon mehr als sieben Jahre über der benachteiligter Länder.

Rund die Hälfte des Bevölkerungszuwachses wird sich auf neun Länder konzentrieren, wie die Wissenschaftler schreiben: die Demokratische Republik Kongo, Ägypten, Äthiopien, Indien, Indonesien, Nigeria, Pakistan, Tansania und die USA.

In 55 Ländern werde die Bevölkerungszahl bis 2050 hingegen um mindestens ein Prozent abnehmen, heißt es in dem Report. Rückgänge von 20 Prozent oder mehr erwarten die UN bis 2050 unter anderem für Bulgarien, Lettland, Litauen und die Ukraine.

Bevölkerungsschwund hat laut UN in der Regel zwei Ursachen: weniger Geburten und mehr Abwanderung. Zu den zehn Ländern, die am stärksten von Auswanderung betroffen sind, gehörten unter anderem Bangladesch und Nepal, weil Menschen im Ausland bessere Erwerbschancen sehen. Auch Flucht sei relevant – beispielsweise vor Gewaltkonflikten in Syrien und Myanmar.

36 Länder haben laut UN-Statistiken in den Jahren 2010 bis 2020 jeweils mehr als 200 000 Menschen aufgenommen. Relevant sei dabei auch temporäre Migration, um Geld zu verdienen.

In neun demografisch bereits stark gealterten Ländern habe die Zahl der Einwanderer die der Auswanderer übertrafen und da-

durch den Bevölkerungsrückgang abgedeutet. In Deutschland und Italien sei die Bevölkerung durch Zuwanderung sogar gewachsen.

Die UN-Experten sehen Migration grundsätzlich positiv. Sie könne Millionen

mitteln (siehe Mahwish Gul auf S. 27). Gesundheits- und Bildungswesen müssten in diesen Ländern weiterhin auf viele Kinder ausgerichtet werden.

Die Gruppe der über 65-Jährigen ist aber den Daten zufolge weltweit die am schnellsten wachsende Altersgruppe. 2018 sei sie erstmals größer als die der Kinder unter fünf Jahren gewesen, und 2050 werde es dann sogar mehr als doppelt so viele Menschen über 65 wie Kinder unter fünf Jahre geben.



Ohne Einwanderung würde die Bevölkerung Italiens schrumpfen: Papst Franziskus besucht ein regionales Migrationszentrum in Bologna im Jahr 2017.

von Menschen aus der Armut befreien. Um das Entwicklungspotenzial zu nutzen, sei es wichtig, sichere und geordnete Migration zu fördern.

Der Bericht hebt hervor, dass demografische Trends weltweit die Erreichung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) bis 2030 erschweren. Dort wo Gesellschaften noch relativ jung und viele Mädchen noch nicht im gebärfähigen Alter sind, werde die Zahl der Geburten noch bis 2050 weiter wachsen. Das seien auch die Länder mit der höchsten Müttersterblichkeit.

Dort bestehe auch der größte, bislang ungedeckte Bedarf an Wissen über Familienplanung und verfügbaren Verhütungs-

Um das Wohlbefinden der alten Menschen sicherzustellen, sollte ihre soziale Absicherung verbessert und der Zugang zu medizinischer Versorgung garantiert werden.

LINK

World Population Prospects 2019, Highlights: https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2019_Highlights.pdf



SARAH JOSEF ist PR-Volontärin bei Engagement Global und hat im April 2020 die Redaktion von E+Z/D+C unterstützt.

euз.editor@dandc.eu

Foto: Bianchi/picture-alliance/AP Images

Foto: Jorgen Schytte/Lineair

INFRASTRUKTUR

Zerstörerischer Holzbedarf

Wie in vielen afrikanischen Ländern hängen viele Menschen in Uganda von traditioneller Biomasse als Energieträger ab. Anschluss an das Stromnetz hat nur eine Minderheit.

Von Gloria Laker Aciro Adiki

Etwa 90 Prozent des Energieverbrauchs in Uganda wird offiziellen Zahlen zufolge durch Biomasse gedeckt. Feuerholz macht knapp 80 Prozent davon aus, 10 Prozent entfallen auf Holzkohle und Erntereste. Elektrische Energie trägt nur 1,4 Prozent zur Energiebilanz bei. Das 7. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG) ist die zuverlässige Versorgung aller Menschen mit günstiger und sauberer Energie. Davon ist Uganda noch weit entfernt.

Traditionellerweise sammeln Frauen und Mädchen auf dem Land Feuerholz, um es zu trocknen und zu nutzen. Doch inzwischen werden auch Bäume abgeholzt, um Brennholz zu gewinnen. Ein beachtlicher Teil davon wird auf städtischen Märkten verkauft. Außerdem steigt der Bedarf an Ackerland in ländlichen Gebieten, denn die Bevölkerung wächst. Die Abholzung gefährdet die Wälder und verursacht er-

hebliche Umweltschäden. Laut staatlichen Angaben sind Ugandas Wälder in nur zwei Jahrzehnten von 1990 bis 2010 von fast 50 000 Quadratkilometer auf nicht einmal mehr 30 000 Quadratkilometer geschrumpft. Der Trend hält an. Die Regierung schätzt, dass jährlich eine Fläche von 900 Quadratkilometer Wald verschwindet.

Das hat Folgen. Feuerholz wird knapp, sodass der Preis steigt und noch mehr Holz geschlagen wird. Der Wald schrumpft weiter, sodass Frauen und Mädchen beim Holz sammeln immer weiter laufen müssen. Erwachsene Frauen haben dadurch weniger Zeit für die Feldarbeit oder ein kleines Gewerbe, und Mädchen versäumen die Schule (siehe hierzu auch Dagmar Wolf im Monitor des E+Z/D+C e-Paper 2020/04).

In den meisten Dörfern gibt es keinen elektrischen Strom. Offene Feuerstellen im Haus – sei es Holzfeuer oder Kerosinöfen – sind ein großes Gesundheitsrisiko, aber vielen Menschen bleibt keine Wahl. Nur etwas mehr als 20 Prozent der Haushalte sind an das Stromnetz angeschlossen. Allerdings sind Stromausfälle häufig. Trotz der geringen Abnehmerzahl wird nicht ausreichend Strom bereitgestellt, um den Bedarf zu decken. Hebammen behelfen sich regelmäßig



Holzkohleverkauf auf dem Land.

während Geburten mit dem Schein ihres Smartphone. Mangelhafte Energieversorgung behindert nicht nur soziale Dienste, sondern auch die ökonomische Entwicklung (siehe Derrick Silimina im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/05).

Die Regierung befürwortet Solarenergie. Solarpanels werden genutzt, um Handys aufzuladen oder Wohnräume zu beleuchten. Das können sich selbst Menschen mit geringem Einkommen leisten, und schätzungsweise 20 Prozent der Haushalte nutzen diese Technik.

Der Energiesektor hat große wirtschaftliche Bedeutung. Brennstoffabgaben, die Mehrwertsteuer auf Strom und der Export von Elektrizität generieren Staatseinnahmen. Zudem zieht diese Branche Privatinvestitionen an. Der Energiesektor ist eine Grundlage für andere Wirtschaftszweige und beschäftigt selbst Mitarbeiter. Die Regierung hofft, dass das kürzlich entdeckte Ölvorkommen Ugandas Perspektiven auf lange Sicht verbessern wird. Bisher ist davon nichts zu spüren.

Der Ölpreis auf dem Weltmarkt schwankt zur Zeit stark (siehe Aviva Freudmann, S. 40). Niedrige Preise nützen Uganda; aber hohe Preise treiben sofort Inflation an. Uganda ist Nettoimporteur von Erdölprodukten wie Diesel, Benzin und Kerosin. Die amtliche Statistik schätzt den Wert der erwarteten Brennstoffimporte im kommenden Jahr auf 1,2 Milliarden Dollar. Wegen der aktuellen Preisschwankungen sind solche Prognosen allerdings sehr unsicher.

Umweltaktivisten mahnen, dass fossile Energieträger aufgrund des Klimawandels keine Zukunft haben. Doch die Regierung hofft, mit der Förderung im Inland die Ölimporte zu drosseln. Im Prinzip ist Uganda ist mit zahlreichen Energiequellen gesegnet. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen alle Optionen ausgelotet werden. Davon hängt die Entwicklung des Landes ab. Das Potenzial erneuerbarer Energieträger – insbesondere Solarenergie – ist riesig. Dies sollte in erster Linie genutzt werden.



GLORIA LAKER ACIRO ADIKI ist Journalistin in Uganda. Als Aktivistin engagiert sie sich zudem in der Unterstützung

von Flüchtlingen. [Twitter: @GloriaLaker](https://twitter.com/GloriaLaker)



Windpark und Kohlekraftwerk bei Köln: Reiche Länder müssen den Verbrauch fossiler Brennstoffe senken, nicht nur Afrika zuliebe.

WIND- UND SOLARENERGIE

Der richtige Ansatz, um aufzuholen

Afrika ist großen Klimarisiken ausgesetzt, dabei trägt der Kontinent selbst wenig zu den globalen Kohlenstoffemissionen bei. Kontinent muss auf erneuerbare Energiesysteme umstellen.

Von Jakkie Cilliers

2018 lag Afrikas Anteil an der Weltbevölkerung bei etwa 15 Prozent, sein Anteil an den globalen CO₂-Emissionen dagegen bei nur vier Prozent. Diese Differenz verdeutlicht die Armut des Kontinents – und wie wichtig es ist, seine Energieversorgung auszubauen.

Unter den derzeitigen Entwicklungen wird Afrika im Jahr 2040 voraussichtlich 6,1 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verursachen. Danach werden andere Kontinente mit großer Wahrscheinlichkeit weniger ausstoßen, Afrikas Emissionen hingegen weiter zunehmen, und zwar aus zwei Gründen: Afrikanische Länder brauchen

Industrialisierung, und ihre Bevölkerung wächst weiter. Dennoch dürften Afrikas Emissionen gegen Ende des Jahrhunderts bei unter acht Prozent des weltweiten Ausstoßes ihren Höhepunkt erreichen.

Es ist ein echter Wandel im Gange. Afrika ist somit für einen deutlich früheren Übergang zu erneuerbaren Energien besser aufgestellt als andere Weltregionen. Von einem niedrigen Niveau ausgehend, werden erneuerbare Energien dort ab 2034 Kohle ersetzen und ab Mitte des Jahrhunderts auch Gas. Dabei hilft, dass der Kontinent einige der besten Standorte für die Erzeugung von Solar-, Wasser- und Windkraft hat. Zudem werden Wind- und Solarkraft preislich international immer konkurrenzfähiger, und das wird sich für Afrika auszahlen. Technologien für Stromspeicherung und Energieeffizienz werden auch immer besser.

Atomkraft wird in Afrika wohl nie eine große Rolle spielen. In Südafrika gibt es zwei

kommerzielle Kernkraftwerke, die fünf Prozent zur Stromerzeugung des Landes beitragen. Weil Afrika große Potenziale für erneuerbare Energien hat und wegen der hohen Kosten und Risiken von Kernkraftwerken, werden wohl keine weiteren Reaktoren in Afrika gebaut.

Der Übergang zu erneuerbaren Energien dürfte in Südafrika am schwierigsten werden; die etablierte Energieinfrastruktur basiert auf im eigenen Land produzierter Kohle. Tatsächlich wird die recht alte Infrastruktur beim Übergang zu Nachhaltigkeit auf ähnliche Hürden stoßen wie in Europa und Nordamerika. Es ist teuer und mühsamer, alte Infrastrukturen zu erneuern, als sie ganz neu aufzubauen. So oder so ist die Veränderung aber notwendig.

REICHE LÄNDER TRAGEN KLIMAVERTANTWORTUNG

Der Klimawandel betrifft alle Weltregionen. Wegen seiner geringen Anpassungsfähigkeit ist Afrika aber besonders gefährdet. Extreme Wetterereignisse wie Stürme, Dürren und starke Regenfälle werden heftiger und treten häufiger auf. Ernteausfall kann zu Hungersnot führen, Seuchen werden wahrscheinlicher. Auch stärkerer Wettbewerb um lebenswichtige Ressourcen und steigende Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Konflikte zählen zu den Klimarisiken.

Die internationale Gemeinschaft hat ein hohes Interesse daran, das Schlimmste zu verhindern. Afrika selbst kann nicht viel für die Eindämmung der globalen Erwärmung tun, zu der es auch bisher nicht viel beigetragen hat. Der Kontinent kann etwa gegen Waldzerstörung angehen, aber seine Zukunft hängt davon ab, dass sich andere Länder für Klimaschutz einsetzen.

Die reichen Länder müssen ohne Frage vorangehen, denn sie haben am massivsten zur Erhitzung des Planeten beigetragen. Zudem können sie es sich am ehesten leisten, in Klimaschutz zu investieren.

Manche Staatschefs, allen voran US-Präsident Donald Trump, behaupten, der Klimawandel sei nicht von Menschen verursacht. Das ist eigennützig und kurzsichtig. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die unter anderem der Weltklimarat zusammengetragen hat, sind eindeutig. Um zu verhindern, dass der Klimawandel noch schlimmere Folgen hat als die, die Entwicklungsländer bereits spüren, müssen schwierige Entscheidungen getroffen werden.

Die reichen Länder müssen ihren Verbrauch fossiler Brennstoffe reduzieren, und das heißt, dass politische Entscheidungsträger Verantwortung übernehmen müssen. Schließlich bedeutet Politik Führung und nicht nur das Umschmeicheln von Wählern. Sie sollten bedenken, dass viele der heutigen Kinder im Jahr 2100 noch leben. Ihre Welt darf kein reines Umweltdesaster werden.

Politiker reicher Länder belehren andere gern über gute Regierungsführung. Überzeugender wäre es, wenn sie selbst bessere Beispiele für gute Umweltpolitik lieferten. Zu Hause in Klimaschutz zu investieren ist eine der besten Möglichkeiten für reiche Staaten, die Entwicklung südlich der Sahara zu unterstützen. Je mehr sie die globale Erwärmung außer Kontrolle geraten lassen, desto nutzloser wird ihre konventionelle Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA). Afrika kann für sich selbst sorgen, sofern seine Entwicklung nicht durch Klimakatastrophen vereitelt wird. Die reichen Länder tragen Verantwort-

tung für das von ihnen verursachte Umweltproblem.

Natürlich sind auch die afrikanischen Verantwortlichen gefragt. Das Bevölkerungswachstum muss gedrosselt und der Lebensstandard besser werden. Gute Regierungsführung und langfristige Planung sind heute in Afrika wichtiger denn je. Die afrikanischen Führungsfiguren wissen um die grundlegenden Veränderungen, tun bislang aber wenig. Die Zusammenarbeit mit internationalen Entwicklungspartnern, einschließlich China, ist notwendig und muss auf Nachhaltigkeit abzielen.

In diesem Zusammenhang sind die Öl- und Gasreserven einiger afrikanischer Länder nicht so segensreich, wie manche Staats- und Regierungschefs glauben mögen. Es könnte zwar sein, dass sich die Ölpreise etwas von der aktuellen Krise erholen, aber langfristig könnten sie durchaus niedriger bleiben als viele erwarten.

Öl ist nach wie vor der Energieträger, der in Afrika am meisten produziert wird. Die Volkswirtschaften haben davon jedoch

noch nie in angemessenem Maße profitiert. Die Länder, die diese natürliche Ressource fördern, haben immer auf Einkommen verzichtet, das die Verarbeitung des Öls erbracht hätte. Mangels Raffineriekapazitäten reimportieren sie es. Das ist nun nicht mehr zu ändern. Aber der Neuaufbau von Infrastruktur in Afrika sollte auf erneuerbaren Energien basieren. Sinnvoll ist es auch, Gas zu exportieren, das Öl bald als Afrikas wichtigste fossile Ressource abgelöst wird.



JAKKIE CILLIERS ist Gründer und ehemaliger Direktor des Institute for Security Studies, einer gemeinnützigen Organisation

mit Büros in Südafrika, Senegal, Äthiopien und Kenia. Dieser Artikel basiert auf seinem kürzlich von Jonathan Ball veröffentlichten Buch „Africa first! Igniting a growth revolution“. (Cape Town und Johannesburg, 2020, erhältlich bei Amazon).

jcilliers@issafrica.org



Alte Gewohnheit

Die alte Monatsausgabe, die Sie von früher gewohnt sind, gibt es immer noch – und zwar als e-Paper. Sie steht frei zugänglich und runterladbar am Monatsanfang auf unserer Website: www.dandc.eu

Foto: picture-alliance/Henning Kaiser/dpa

ERNEUERBARE ENERGIE

Netze und Speicher gefragt

Regenerative Quellen spielen bei der Stromproduktion weltweit eine immer größere Rolle. Um deren Ausbau weiter voranzutreiben, sind jetzt vor allem Netze und Speicher gefragt. Ohne diese nächste Etappe der Transformation kann die Energiewende nicht gelingen und verfehlt die internationalen Klimaziele.

Von Friederike Bauer und Achim Neumann

Der Umstieg auf nachhaltige Energie müsste angesichts der Klimakrise noch zügiger vorangehen. Dennoch hat die Energiewirtschaft schon viel erreicht und wandelt sich schneller als alle anderen klimarelevanten Bereiche, etwa der Transportsektor, die Landwirtschaft oder die Industrie.

Weltweit machen die regenerativen Energien mittlerweile rund ein Drittel der Stromkapazität aus. Allein im Jahr 2018 wuchs ihr Anteil an der Stromproduktion um sieben Prozent. Insgesamt ist der Zuwachs an erneuerbaren Energien im vierten Jahr in Folge größer als der aus fossiler und aus Atomenergie zusammengenommen.

Auch die Europäische Union will umsteuern und hat kürzlich einen Green New Deal verkündet, mit dem sie bis 2050 klimaneutral werden möchte. Dabei spielt die Dekarbonisierung des Energiesektors eine zentrale Rolle. Länder wie Schweden möchten sogar schon bis zum Jahr 2040 ausschließlich auf Erneuerbare bei der Stromproduktion setzen. Vorreiterstaaten wie Costa Rica decken bereits heute 98 Prozent ihres Elektrizitätsbedarfs aus regenerativen Quellen und streben in nächster Zukunft eine Quote von 100 Prozent an.

Maßgeblich für den stärkeren Einsatz von erneuerbaren Energien war, dass der Bau von Windturbinen und Solaranlagen deutlich günstiger geworden ist. Seit 2010 sind die Kosten für Solarenergie um etwa 90 Prozent und die für Onshore-Windkraft um zirka 35 Prozent gesunken (siehe Grafik). Das animiert auch die Privatwirtschaft dazu, sich immer stärker zu engagieren.

Durch den Preisverfall ist sie in der Lage, Kraftwerke privat zu planen, zu finanzieren und zu betreiben.

FLEXIBLE UND MODERNE NETZE

Allerdings, und bisher unterschätzt, verändert sich mit dem Umstieg von fossilen auf regenerative Energien auch der „Charakter“ der Stromversorgung. Wo früher große, zentrale Kraftwerke mit einer historisch gewachsenen Übertragungsinfrastruktur dominierten, gibt es nun verstärkt kleinere, dezentrale Strukturen, zum Teil auch in sehr abgelegenen Gebieten.

Früher waren die Kapazitäten planbar. Erneuerbare Energien hingegen sind sehr viel variabler, weil der Wind nicht immer gleich stark weht, die Sonne nicht immer gleich intensiv scheint. Die Anforderungen an die Netzsteuerung, inklusive deren Digitalisierung, nehmen zu. Die Stromnetze müssen also flexibler und an die neuen Umstände angepasst werden.

Damit dies gelingt, sind moderne Netze und Speicher nötig, weil sie sowohl größere Distanzen als auch Zeiten gerin-

gerer Verfügbarkeit überbrücken können. Genau daran mangelt es derzeit noch vielerorts – besonders in Entwicklungsländern.

Welche Folgen sich ergeben können, wenn Netze nicht mit den Stromkapazitäten aus Erneuerbaren wachsen, zeigt der Fall China: Das Land gehört zu den Spitzenreitern bei erneuerbaren Energien, vor allem der Windenergie. Stündlich wird eine neue Windturbine installiert. Gleichzeitig müssen ganze Windparks vom Netz genommen werden, weil es an der entsprechenden Übertragungskapazität fehlt. Auch in China liegen die Windparks häufig in abgelegenen Gebieten, auf Bergrücken zum Beispiel, von denen der Strom zu den Verbrauchszentren gelangen muss. Dadurch entsteht die widersinnige Situation, dass Strom zwar massenhaft nachhaltig produziert wird, aber nicht zu den Abnehmern gelangt.

Ein weiterer wichtiger Baustein der nachhaltigen Energieversorgung sind Stromspeicher. Die klassische Lösung, Strom über Pumpspeicherwerke zu speichern, scheidet in vielen Entwicklungsländern wegen hoher Kosten, langer Planungszyklen sowie topografischer Bedingungen aus. Von daher gewinnen Batterien als – kurzfristige – Speicher an Bedeutung.

Mit Wasserstoff lässt sich Energie auch langfristig und umweltfreundlich speichern, vorausgesetzt, er entsteht auf Basis erneuerbarer Energien: Er könnte in wind-

und sonnenarmen Perioden des Jahres zur Stromerzeugung oder für Brennstoffzellen (vor allem im Verkehr) genutzt werden. Und dann gibt es noch die Idee, dass die sonnenreichen Entwicklungsländer eines Tages große Mengen grünen Wasserstoffs in den Norden der Welt liefern. Noch ist das Zukunftsmusik, bietet aber beiden Seiten enorme Chancen.

„STIEFKIND“ ENERGIEEFFIZIENZ

Im Moment schon möglich und noch längst nicht ausgeschöpft ist dagegen das Potenzial an Energieeffizienz. Sie gilt als das „Stiefkind der Energiewende“. Die Internationale Energieagentur (IEA) hält sie sogar für „die wichtigste Energiequelle überhaupt“, weil sie wirklich in jedem Land vorhanden ist. Energieeffizienz stellt demnach die kostengünstigste Möglichkeit dar, mehr Energiesicherheit zu schaffen und dabei gleichzeitig CO₂-Emissionen zu reduzieren. Besonders bedeutsam sind dabei nach IEA-Angaben Gebäude samt Heizungen und Kühlsystemen, der Verkehr sowie Elektromotoren in der gewerblichen Wirtschaft.

Die KfW ist zum Beispiel in Mexiko und Montenegro bei energieeffizienten Gebäuden engagiert. In dem Land auf dem Balkan sollen alle 2500 öffentlichen Gebäude moderne Systeme zum Energiemanagement erhalten. „Smart Meter“ werden den Verbrauch automatisch ablesen und in eine Datenbank einspeisen. Kombiniert mit verbesserter Wärmedämmung, aber auch Photovoltaik und Solarthermie zur Eigenstromnutzung und Wärmeerzeugung, lassen sich so zwischen 25 und 80 Prozent des Energieverbrauchs reduzieren. Die Zahl der KfW-Zusagen bei Energieeffizienz hat im vergangenen Jahr zugenommen, hier besteht aber durchaus noch großer Förderbedarf.

Alles zusammengenommen, bedeutet das für die KfW Entwicklungsbank, dass sich ihre Fördertätigkeit ganz allmählich verschiebt: von Investitionen in Erzeugungsanlagen, die es trotzdem weiterhin geben muss und wird, hin zu Vorhaben, die auf die Energiesysteme ganzheitlich abzielen (siehe Kasten unten). Dabei geht es dann eher darum, Märkte zu erschließen und private Investitionen zu mobilisieren, um die

Energieeffizienz zu verbessern und auch die Stabilität und Sicherheit der Energieversorgung durch bessere Netze und neue Speichermöglichkeiten zu gewährleisten.

Erst am Anfang steht die nachhaltige Mobilität. Hier fehlen bisher entweder umfassende Konzepte, marktreife Techniken, die nötige Infrastruktur oder der Wille zur Umsetzung. Aber eines ist schon jetzt klar: Verkehrs- und Energiewende sind untrennbar verbunden. Erst wenn beide vollendet sind, ist dieser größte Transformationsprozess seit der Industrialisierung gemeistert.



FRIEDERIKE BAUER
arbeitet als freie Journalistin zu Themen der Außen- und Entwicklungspolitik. An diesen Artikel hat sie im

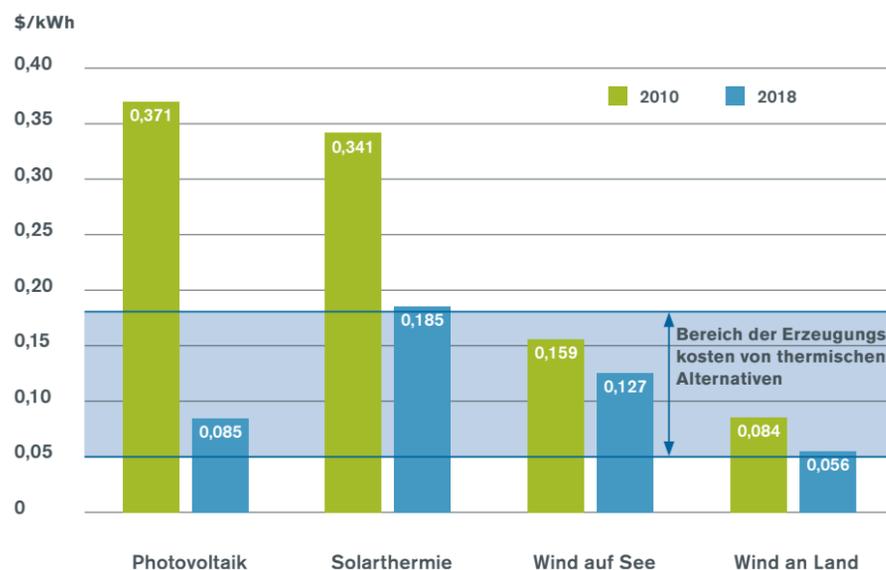
Auftrag der KfW mitgearbeitet.
info@friederikebauer.de



ACHIM NEUMANN
ist Senior Sektorökonom für Energie bei der KfW.

achim.neumann@kfw.de

Kosten der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien



Quelle: IRENA, Grafik KfW Bankengruppe

Investitionen in bessere Netze

Der Ausbau der erneuerbaren Energien findet längst nicht nur in Industriestaaten, sondern zum größeren Teil in Entwicklungsländern statt – wenn auch noch nicht breit verteilt. Unter den Top-Ländern bei der Stromproduktion aus regenerativen Quellen finden sich Staaten wie Brasilien, Indien, die Türkei, Mexiko, die Philippinen und Costa Rica. Die meisten dieser Länder – und viele weitere – hat die KfW Entwicklungsbank im Auftrag der Bundesregierung bei der Umstellung unterstützt.

So hat sie zum Beispiel den größten Einzelbeitrag für die Finanzierung des leistungsstärksten Solarkomplexes

Afrikas übernommen. Dieser entsteht derzeit im marokkanischen Ouarzazate und wird bald umweltfreundlichen Strom für 1,3 Millionen Menschen produzieren. Die Entwicklungsbank finanziert außerdem Windenergieanlagen in Ägypten sowie Geothermiekraftwerke in Kenia und Indonesien.

Nun gewinnen für die KfW Investitionen in Netze und Speicher zunehmend an Bedeutung, wie zum Beispiel in Tunesien: Dort fördert sie, zusammen mit zwei Solarparks, den ersten netzgebundenen Batteriespeicher Nordafrikas nahe der Stadt Tozeur.

Oder in Indien, wo 2013 mit Sakri zunächst das damals

größte Solarkraftwerk des Landes in Betrieb ging. Mit Sakri gelang seinerzeit der Durchbruch für die Photovoltaik in Indien, deren Ausbau heute – wegen der gesunkenen Kosten – vom Privatsektor vorangetrieben wird.

Danach folgten die sogenannten „Green Energy Corridors“. Sie umfassen den Bau von mehr als 7500 Kilometern Stromleitungen, damit der Strom zu den verbrauchsstarken Gegenden des Landes transportiert werden kann. Die KfW unterstützt das Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit insgesamt 1,4 Milliarden Euro.

Auch in Westafrika ist das Potenzial für kostengünstigen Strom aus Wind-, Solar- und Wasserkraft groß, allerdings

ungleich über die Region verteilt. Deshalb gründeten die Staaten der Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) den Westafrikanischen Stromverbund WAPP (West African Power Pool), mit dem ein regionales Stromübertragungsnetz geschaffen werden soll. Die KfW fördert im Auftrag der Bundesregierung verschiedene länderübergreifende Leitungen davon, etwa Togo-Benin oder Senegal-Gambia sowie den Bau diverser Kraftwerke auf Basis von erneuerbaren Energien.

Ebenfalls mit deutscher Unterstützung entsteht auf dem Balkan zwischen Albanien und Montenegro sowie dem Kosovo und Nordmazedonien peu à peu ein Übertragungsnetzwerk zum Stromaustausch, das den Einsatz regenerativer Energien beflügeln soll. fb/an



Protest gegen ein Kohlekraftwerk, das Kenia mit chinesischer Unterstützung in der Hafenstadt Lamu bauen will.

FOSSILWIRTSCHAFT

China fördert weltweit Kohlekraft

Chinesische Banken und Unternehmen investieren kräftig in den Bau neuer Kohlekraftwerke – vor allem im Ausland. Damit verhalten sie sich wider dem globalen Trend und der Politik der eigenen Regierung, die die Förderung erneuerbarer Energien zur Top-Priorität gemacht hat.

Von Nora Sausmikát und Quirin Jetschke

China ist ein widersprüchliches Land. Einerseits liegt es an der Weltspitze im Bereich erneuerbare Energien, andererseits liegen chinesische Unternehmen weltweit beim Ausbau neuer Kohlekraftwerke vorne: 54 Gigawatt (GW) in 20 Ländern (siehe Global Coal Exit List der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald*). China ist allerdings kein Einzelfall: Die meisten Kredite für den Bau von Kohlekraftwerken weltweit stammen von japanischen und europäischen Banken.

Chinas Wirtschaftswunder basiert auf der Kohleförderung. Rund die Hälfte aller Kohle stammt aus dem bevölkerungsreichsten Land der Welt und wird auch dort

verbrannt. Damit ist China der größte Kohleproduzent. Doch während China in der Steinkohleförderung Platz eins einnimmt, liegt Deutschland bei Braunkohleförderung und -verbrauch weltweit an der Spitze: 17 Prozent gegenüber 14 Prozent des Anteils am Weltverbrauch laut Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Auch ist Chinas Energiehunger nicht allein auf die chinesische Industrieproduktion zurückzuführen, denn Unternehmen aus aller Welt lassen in China produzieren und tragen so zum dortigen Rohstoffkonsum bei. Auch Deutschland führt natürlich mehr aus als es importiert.

2004 hat China begonnen, innen- und industriepolitisch umzusteuern. Mai Kai, damals Vorsitzender der obersten Planungsbehörde National Development and Reform Commission (NDRC), rief zu einer neuen Rohstoffpolitik auf, die das Land auf den Weg der Nachhaltigkeit führen sollte. Damit einher ging eine massive Förderung von Auslandsinvestitionen.

Begünstigt wurde diese Entwicklung durch nicht enden wollende Proteste gegen

die enorme Luftverschmutzung und kritische Reportagen über das soziale Elend der Kohlebergarbeiter. Chinas Bergwerke werden seither modernisiert, 2014 erschienen Leitlinien für die soziale Verantwortung von Bergbauunternehmen, und die Braunkohleförderung ging erstmals seit 1970 zurück.

Nun soll Gas Kohle als Energieträger ersetzen – der entsprechende Transformationsprozess ist in vollem Gange. Die Regierung hat drastische Maßnahmen ergriffen, um den Kohleverbrauch zu senken: 2017 wurde das letzte Kohlekraftwerk in Peking vom Netz genommen, im September 2019 rief die Hauptregulierungsbehörde National Energy Administration (NEA) sogar alle Regionen und Provinzen auf, ihre Klein-Kohlekraftwerke (unter 50 000 Kilowatt) allesamt zu schließen. Außerdem sollen die Heizungen von mehr als 2 Millionen Haushalten in den Industriezentren mit starker Luftverschmutzung auf Flüssiggas (LNG) umgestellt werden. Dessen Import wird in den nächsten Jahren massiv ansteigen.

Doch in der Gesamtbetrachtung sind die Maßnahmen nur ein Tropfen im Ozean: Laut der Nachrichtenagentur Reuters machen die 8,7 GW vorgesehene Kohle-Einsparung nur etwas unter einem Prozent der Gesamtkapazität Chinas aus. Im Energiemix hat China zwar den Anteil der Kohle von 68 Prozent im Jahr 2012 auf 59 Prozent im Jahr 2019 abgesenkt, doch der absolute Ver-

brauch steigt weiter an. Zurzeit werden im Reich der Mitte Kohlekraftwerke mit einem Leistungsvolumen gebaut, das die gesamte Förderkapazität der Europäischen Union übersteigt. Übersehen wird bei der Kohle-zu-Gas-Strategie zudem, dass auch LNG zu den fossilen Energieträgern gehört.

China ist weltweit der größte Investor in erneuerbare Energien, 45 Prozent davon fließen ins eigene Land. Außerhalb der eigenen Grenzen investiert China aber kräftig in Kohle (siehe Beitrag von Katja Dombrowski in E+Z/D+C 2018/01, Monitor). Seit dem Eintritt des Landes in die Welthandelsorganisation und dem Start der sogenannten „Go Global“-Strategie im Jahr 2001 investieren chinesische Unternehmen – unterstützt durch die Außenhandelsförderung des Staates – massiv in ausländische Energieinfrastruktur. Der heimische Kohlemarkt war zu dieser Zeit gesättigt und Kohleunternehmen auf der Suche nach neuen Absatzmärkten, welche sie vor allem in Süd- und Südostasien fanden.

2010 erreichten die chinesischen Investitionen in Kohlekraftwerke ihren Höchststand. Allein in dem Jahr schlossen chinesische Unternehmen und Investoren Verträge über 50 GW an zusätzlicher Kohleverstromung mit anderen Ländern ab. Die Jahre 2010 bis 2013 waren dann von einer leichten Stagnation gekennzeichnet. Niedrige Wachstumsraten in Asien und Richtlinienänderungen in Indien – damals wie heute der größte Empfänger chinesischer Kohleinvestitionen – führten dazu, dass einige Projekte storniert wurden und Investoren zurückhaltender agierten.

2013 stellte die Regierung die Auslandsinvestitionen unter das Dach der One Belt One Road Initiative (siehe Beitrag von Katja Dombrowski in E+Z/D+C e-Paper 2017/10, Monitor). Im Rahmen einer neu formulierten Entwicklungsstrategie wurde die Förderung regenerativer Energien zur „Top-Priorität“ – und trotzdem landen drei Viertel der chinesischen Außenhandelsförderung im Energiebereich in fossilen Projekten. 221 GW Kohleverstromung sind geplant, fast das Doppelte der Vorhaben Indiens und mehr als die derzeitige Kapazität Deutschlands von 200 GW. Laut der Datenbank Global Coal Exist List 2019 sind 744 Kohlekraftwerke und -minen für 89 Prozent der weltweiten thermischen Kohleproduktion verantwortlich (die restlichen 11 Prozent erfasst die Liste nicht, weil es sich um

Kleinkraftwerke handelt oder sie aus anderen Gründen nicht die Kriterien erfüllen). 400 dieser Unternehmen wollen expandieren, ein Viertel davon sind chinesisch.

Viele Zielländer chinesischer Investitionen stehen vor der Herausforderung einer rasant wachsenden Bevölkerung und eines steigenden Energiebedarfs, hervorgerufen vor allem durch voranschreitende Industrialisierung. Groß angelegte Investitionen in Kohle behindert diese Länder langfristig in ihrer Entwicklung. Die Kraftwerke haben eine durchschnittliche Lebensdauer von über 40 Jahren, viele werden aber früher außer Dienst gestellt werden müssen. Kohle ist die schmutzigste Art der Energiegewinnung überhaupt.

ANDERE ZIEHEN SICH ZURÜCK

Laut einem Bericht des IEEFA (Institute for Energy Economics and Financial Analysis, 2019) mit Sitz in Ohio steigen chinesische Kreditgeber dort ein, wo andere Banken sich aus der Kohlefinanzierung zurückziehen. Der Bericht, der auf Daten des Global Coal Plant Trackers basiert, fand heraus, dass Entwicklungs- und Staatsbanken sowie Firmen aus China mehr als ein Viertel aller außerhalb von China geplanten Kohlekapazitäten (102 von 399 GW) finanzieren. Dazu gehören auch Investitionen in Kohleexport, Kohlekraftwerke sowie die dazugehörige Infrastruktur.

Die Daten der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald* ergaben darüber hinaus, dass chinesische Banken weltweit die dominierende Rolle bei der Förderung von Kohlekraftwerken einnehmen, da sie 69 Prozent der weltweiten Underwritings, also Investment-Dienstleistungen für die Kohleinvestitionen, übernehmen. Kurz gesagt: Sie sorgen dafür, dass sich die Kohleinvestitionen auch lohnen. Die Bevölkerung der Zielländer profitiert hingegen weniger – im Gegenteil: Vielerorts fehlen dringend nötige Umweltschutzauflagen oder diese werden vor dem Hintergrund der chinesischen Investitionen aufgeweicht (siehe Beispiel Bangladesch im Beitrag von Aditi Roy Ghatak im E+Z/D+C e-Paper 2020/05).

Auch wenn Chinas gegenwärtige Energie- und Industriepolitik nicht unerheblich zum Klimaschutz beiträgt, sind chinesische Banken und Unternehmen zugleich führend in der Ausweitung der Kohleinvesti-

tionen. Weltweit ziehen sich Kapitalgeber zunehmend aus dem Kohlegeschäft zurück und UN-Generalsekretär António Guterres hat dazu aufgerufen, ab diesem Jahr keine neuen Kohlekraftwerke mehr zu bauen. Doch das ist nur zu schaffen, wenn China als einer der führenden Finanzierer von Kohlekraft aussteigt. Die chinesische Firma Ping An, eine der größten Kohleversicherungen der Welt, hat nun den ersten Schritt gewagt und eine Kohleausstiegsstrategie vorgelegt. Das ist ein Hoffnungsschimmer – denn Kohle darf sich nicht mehr lohnen.

Es kann jedoch auch ganz anders kommen: Wie ein neuer Report von Carbon Tracker zeigt, will China nach der Coronakrise die Wirtschaft mit dem Bau neuer Kohlekraftwerke ankurbeln. Allein zwischen dem 1. und 18. März wurden acht GW neue Kohlekapazität genehmigt, Lockerung der Kohleregulierung wird in Aussicht gestellt und es gibt Pläne, zusätzliche 158 Milliarden Euro in neue Kohlekapazität zu investieren.

QUELLEN

- Global Coal Exit List von *urgewald*: <https://coalexit.org>
- IEEFA, 2019: China at a Crossroads. Continued Support for Coal Power Erodes Country's Clean Energy Leadership. https://ieefa.org/wp-content/uploads/2019/01/China-at-a-Crossroads_January-2019.pdf
- Global Coal Plant Tracker: <https://endcoal.org/global-coal-plant-tracker/>
- Carbon Tracker, 2020: Political decisions, economic realities: The underlying operating cashflows of coal power during COVID-19. <https://carbontracker.org/reports/political-decisions-economic-realities/>



NORA SAUSMIKÁT arbeitet seit 2019 bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation *urgewald* mit dem Fokus auf China. Vorher leitete sie viele Jahre das China-Programm der Stiftung Asienhaus. nora.sausmikát@urgewald.org



QUIRIN JETSCHKE studiert internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen und ist Werkstudent bei *urgewald*. quirin.jetschke@stud.uni-due.de

Foto: Ben Curtis/picture-alliance/AP Photo



Mühsame Annäherung: Präsident Putin und König Salman im Oktober 2019 in Riad.

PREISVERFALL

Ende einer Ära

Für die OPEC gab es im April lauter Rückschläge. Der Ölpreis befand sich in freiem Fall.

Von Aviva Freudmann

Ende April fiel der Preis für ein Fass Öl der Sorte West Texas Intermediate (WTI) mit Liefertermin Mai zeitweilig unter null. Der Weltmarkt war so sehr überflutet, dass den Produzenten die Lagermöglichkeiten ausgingen und sie Kunden dafür bezahlten, Öl abzuholen. Der WTI-Preis gilt als wichtiger Marktindikator.

Für Mitglieder der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC), war diese Entwicklung besonders unangenehm. Sie trat nämlich nach, und nicht vor der Einigung von Russland und Saudi-Arabien in einem kurzen Preiskrieg ein. Beide Länder einigten sich darauf, die Produktion um 10 Millionen Barrel pro Tag zu kürzen, wobei sie die Hälfte und andere OPEC-Mitglieder den Rest übernehmen sollten. Die Märkte beeindruckte das jedoch offensichtlich nicht.

Kartelle sind oft schwächer als sie erscheinen. Sie versuchen Märkte zu manipulieren, indem sie sich auf einen überzogen hohen Preis oder auf eine Reduzierung des Angebotes einigen. Wenn die Kartellmitglieder das Angebot einer bestimmten Ware dominieren, läuft beides auf dasselbe

hinaus. Allerdings stehen Kartelle typischerweise vor einem Problem: Jedes Mitglied spürt den Anreiz, die anderen zu betrügen und von manchen Kunden niedrigere Preise zu verlangen oder mehr Öl zu fördern als vereinbart.

Derlei belastet die OPEC schon lange, aber bislang hielt sie dennoch zusammen. Nun mehren sich aber die Zeichen, dass ihre Zeit abläuft. Der weltweite Ölmarkt hat sich so sehr verändert, dass die OPEC ihn nicht mehr beherrschen kann. Erwähnenswert ist dabei, dass US-Präsident Donald Trump verkündete, er habe die neuerliche Einigung von Russland und Saudi-Arabien unterstützt. Höhere Preise dienen schließlich auch amerikanischen Ölproduzenten. Trotz dieser Unterstützung aus Washington hat die OPEC längst nicht mehr den Einfluss wie früher.

Am 27. April berichtete die Financial Times, ein im Juni zu lieferndes WTI-Fass koste nur 12,27 Dollar. Das war weit weniger als die 20 bis 30 Dollar, welche die OPEC angestrebt hatte. Vor einem Jahr schwankte der Preis noch zwischen 70 und 80 Dollar, und dieses Niveau bräuchten die Mitglieder auch langfristig.

Der Absturz des Ölpreises und die verschärfte Konkurrenz von Nichtmitgliedern macht der OPEC das Leben schwer. Ihre Dominanz ist Geschichte. Offensichtlich trägt die Covid-19-Pandemie erheblich zu

den Problemen bei, denn sie ließ die Treibstoffnachfrage weltweit um ein Drittel einbrechen. Der Ölpreis wird sich nicht schnell erholen. Die aktuelle Krise macht aber nur seit langem bestehende Probleme deutlich.

Ein Grund für das Schwinden des OPEC-Einflusses ist die inhärente Instabilität aller Kartelle. Je ungünstiger die Marktbedingungen werden, umso größer ist der Anreiz, gegen die Kartellabsprachen zu verstoßen. Jedes Mitglied will schließlich so viel wie möglich verkaufen.

Ein zweiter Grund sind die Spannungen zwischen der OPEC und ihren Partnern, die ihr nicht angehören. Russland ist kein Mitglied, kooperiert aber meist eng mit dem Kartell. Dieses Bündnis wird OPEC+ genannt. Der jüngste Preiskrieg zeigte nun, dass diese Allianz nicht sonderlich belastbar ist. Die Spannungen dürften wieder wachsen, nachdem die Preisstabilisierung misslang.

Drittens ist die Konkurrenz durch andere Ölproduzenten – allen voran die USA – stetig gewachsen. Die USA sind mittlerweile dank Fracking zum Energieexporteur geworden. Andere Länder haben die Förderung ebenfalls erhöht, sodass die OPEC nur noch etwa ein Drittel zum weltweiten Öl-Angebot beiträgt. Das reicht für Marktdominanz nicht.

Viertens haben weltweit die Bemühungen um Energieeffizienz und Erneuerbare zugenommen. Umweltschutz reduziert die Ölnachfrage zum Nachteil der OPEC.

Die OPEC-Länder brauchen die Einnahmen, die sie mit Ölexporten erzielen. Der Internationale Währungsfond schätzt, dass den Mitgliedern des Golf-Kooperationsrates, die für etwa ein Fünftel der Weltproduktion aufkommen, spätestens 2034 das Geld ausgeht, wenn die Finanztrends anhalten sollten, die vor Covid-19 vorherrschten.

Aus all dem folgt, dass es der OPEC kaum gelingen wird, den Ölpreis wieder zu kontrollieren. Mitleid hat das Kartell aber nicht verdient, denn es hat 60 Jahre lang sehr erfolgreich gearbeitet (siehe dazu meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Paper 2020/05). Diese Ära geht nun zu Ende.



AVIVA FREUDMANN
ist freiberufliche Wirtschaftsjournalistin mit Sitz in Frankfurt. Sie unterstützt die Redaktion von E+Z/D+C

regelmäßig.
euz.editor@dandc.eu

KOMMENTAR

Chancen in der Krise

Die alles beherrschende Coronavirus-Pandemie drosselt den globalen Energieverbrauch. Fabriken stehen still, der Gütertransport stockt, Menschen bleiben zu Hause. Für viele Wirtschaftsbereiche ist das fatal, von menschlichem Leid ganz zu schweigen. Arme, die auf ihren Tageslohn angewiesen sind, leiden besonders. Die Luft in Ballungsräumen von Wuhan bis Los Angeles war hingegen schon lange nicht mehr so gut.

Von Katja Dombrowski

Die Pandemie ist eine Zäsur. Viele Menschen in reichen Ländern sind gezwungen, ihren Alltag herunterzufahren – und stellen fest: Es geht auch anders. Wenn weniger reisen, digitaler arbeiten und eine gewisse Beschränkung auf das Notwendige zu Trends würden, die nach Corona weiterbestehen, würde der Energiebedarf nachhaltig sinken und das Klima profitieren. Ein wesentlicher Faktor ist auch die Produktion von Gütern nah am Verbraucher. Die Krise hat die Globalisierung neu auf den Prüfstand gestellt.

Dramatische Engpässe werfen die Frage auf, ob es klug ist, Medikamente oder medizinische Ausrüstung am anderen Ende der Welt produzieren zu lassen, damit sie

bei uns etwas weniger kosten. Die gleiche Frage lässt sich auf viele andere Güter übertragen. Zumal der Preisvorteil nur dadurch entsteht, dass der Transport nicht adäquat – also inklusive aller Kosten, zu denen auch Umweltkosten gehören – in den Produktpreisen enthalten ist, und dass fossile Energien nach wie vor stark subventioniert werden, siehe zum Beispiel Steuerbefreiungen für Kraftstoffe in der Luft- und Seefahrt.

Diese fehlgeleitete Förderung blockiert die Energiewende und muss spätestens jetzt überdacht werden. Das ist eine der Chancen, die in der Krise liegen. Eine andere besteht darin, die nun mobilisierten staatlichen Milliardenhilfen für die nötige Dekarbonisierung der Wirtschaft zu nutzen. Laut Fatih Birol, Chef der Internationalen Energieagentur IEA, hätte das den „doppelten Effekt, die Wirtschaft zu stimulieren und den Umbau der Energiewirtschaft zu beschleunigen“. Auch Entwicklungsländer müssen handeln. Sie brauchen dafür finanzielle Unterstützung – wenn auch nur einen Bruchteil der Billionenprogramme, die Europa und Nordamerika beschlossen haben.

Im besten Fall beschleunigt die Krise den europäischen Green Deal. Es besteht aber auch die Gefahr von Rückschritten. Öl

ist so billig wie lange nicht mehr, das schafft nicht gerade einen Anreiz für Abkehr oder sparsamen Verbrauch. Europas Autoindustrie ruft nach lockereren Emissionsgrenzwerten; die US-Regierung hat sie beschlossen. Experten halten die Neuregelung für den größten Rückschritt in der US-Klimapolitik, denn im Verkehrssektor entstehen die meisten CO₂-Emissionen überhaupt.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass die Bewältigung der Pandemie die Politik derart dominiert, dass andere Entscheidungen lange vertagt werden. Klimapolitik hat bei einer drohenden epochalen Rezession der Weltwirtschaft einen schweren Stand. Sie zu vernachlässigen, wäre grundfalsch: Die Klimakrise ist nicht weg, im Gegenteil, sie spitzt sich weiter zu.

In der Coronakrise haben Regierungen bewiesen, dass sie in das Wirtschafts- und Alltagsleben eingreifen können, dass sie bereit sind, dem Rat von Wissenschaftlern zu folgen und dass sie Milliarden mobilisieren können, wenn es gilt, großen Schaden abzuwenden. Nach der Pandemie wird es schwieriger sein als vorher, angesichts des Klimawandels die Achseln zu zucken. Am Ende steht also wieder eine Chance.



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and

Cooperation.
euz.editor@dandc.eu

MEHR ZUM THEMA ENERGIE AUF UNSER WEBSITE



DERRICK SILIMINA
Jenseits von Wasserkraft
Wegen chronischer Dürre liefern Sambias Staudämme nicht mehr genügend Strom
www.dandc.eu/node/4299



KARIM OKANLA
Angespanntes Verhältnis
Benzinschmuggel belastet die Beziehungen zwischen Benin und Nigeria
www.dandc.eu/node/4314



ADITI ROY GHATAK
Zu langsam
Im aktuellen Tempo kann Indien wichtige Klimaziele nicht erreichen
www.dandc.eu/node/4312

Foto: picture-alliance/Mikhail Metzner/TASS/dpa

Fotos: Dan Burton/picture-alliance/robertharding; Catherine Leblanc/GoDong/Lineair; Nectory/Lineair

AFGHANISTAN

Unvollendete Arbeit

Der hektische und unilaterale Abzug der US-Truppen aus Afghanistan dürfte ein ähnliches Chaos hinterlassen wie nach dem Abzug der Roten Armee 1989 eintrat. Das sogenannte „Friedensabkommen“ stellt keinen echten Frieden in Aussicht.

Von Nawid Paigham

Ende Februar unterschrieb die Supermacht USA nach fast zwei Jahrzehnten Blutvergießen einen Vertrag mit den aufständischen Taliban. Der endlos scheinende Krieg war teuer – und eine direkte Folge der Terroranschläge auf New York und Washington vom 11. September 2001. Bald darauf stürzten

standen auch Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten. All das scheint Washington nicht mehr zu interessieren. Präsident Donald Trump will offenbar nur die Truppen heimholen, wie er 2016 im Wahlkampf versprach.

Politikerversprechen sind oft allzu einfach. Die USA sind seit der sowjetischen Invasion 1980 tief in die Geschicke Afghanistans verstrickt. Washington unterstützte die Mudschaheddin, die die Rote Armee bekämpften und aus denen die Taliban hervorgingen.

Wie bei der Invasion 2001 handelt das Weiße Haus nun wieder unilateral. Damals



US-Helikopter 2001 in Afghanistan.

US-Truppen die Taliban, die Afghanistan ihrem islamistischen Regime unterworfen hatten und Terroristen wie Al-Kaida eine sichere Basis boten.

Aus Sicht gewöhnlicher Afghanen bot die US-Invasion eine einmalige Gelegenheit für Wiederaufbau und Demokratisierung. Erstmals überhaupt gab es freie und faire Wahlen. Die Sicherheitslage blieb immer angespannt, aber das Freiheitsgefühl war neu. Frauen und Mädchen konnten zum Beispiel nun arbeiten und zur Schule gehen.

Als die USA vor gut 18 Jahren intervenierten, versprachen sie nicht nur den Sturz der Islamisten. Auf der Tagesordnung

ließ sich danach schnell die Unterstützung von Verbündeten und besonders der NATO mobilisieren. Die internationale Staatengemeinschaft befürwortete den Eingriff. Jetzt nahmen aber an den Friedensverhandlungen weder Verbündete noch multilaterale Akteure teil. Noch deprimierender ist, dass weder Afghanistans Regierung einbezogen wurden, noch sonstige Organisationen oder die Zivilgesellschaft des Landes.

Der Kern des Abkommens ist, dass die Taliban künftig weder die USA bekämpfen noch irgend eine Organisation unterstützen werden, welche die USA bedroht. Im Gegenzug wird die US-Regierung sie nicht

mehr als terroristisch bezeichnen und von entsprechenden schwarzen Listen nehmen. Gefangene werden freigelassen.

Das Weiße Haus scheint zu glauben, die Taliban würden sich als normale politische Partei in das Verfassungsgefüge Afghanistans friedlich einfügen. Das ist Wunschdenken. Die Geschichte zeigt, dass die Taliban uneingeschränkte Macht wollen. Leider ist auch wahr, dass es der internationalen Gemeinschaft nicht gelang, in Afghanistan den Aufbau eines stabilen, selbsttragenden politischen Systems zu fördern. Die gewählte Regierung ist tief gespalten und von Korruption geprägt.

Es hätte anders kommen können, hätte Washington ebenso viel Wert auf die Schaffung von Institutionen gelegt wie auf die Terroristenjagd. Es gab so heftige „Kollateralschäden“, dass allzu viele Menschen die internationalen Truppen nicht mehr als Befreier, sondern als Besatzer wahrnahmen. Dass Opium die wichtigste Exportware blieb, machte die Lage noch schwieriger. Eine friedensstiftende Verfassungsordnung ist kaum möglich, wenn eine kriminelle Branche die Volkswirtschaft dominiert. Unter Führung der USA hat die internationale Staatengemeinschaft auf dieses Problem nicht ernsthaft reagiert.

Die ethnische Zusammensetzung Afghanistans macht Frieden obendrein unwahrscheinlich. Die Taliban mögen Außenstehenden als religiöse Fanatiker erscheinen, aber aus afghanischer Sicht sind sie paschtunische Einheiten, die seit langem andere Volksgruppen bekämpfen. Die Nordallianz stützt sich auf andere Ethnien und erwies sich bei der US-Invasion als Partner Washingtons. Einige ihrer Spitzenleute gehören heute der Regierung an, und sie fühlen sich zu Recht von Trump verraten.

1989 hinterließ der Abzug der Russen ein gewaltiges Chaos. Es dürfte ähnlich kommen, wenn die Amerikaner hektisch abziehen. Das Risiko eines neuen Bürgerkrieges zwischen Taliban und Nordallianz ist groß – und früher oder später dürften die USA oder andere ausländische Mächte wieder hineingezogen werden.



NAWID PAIGHAM
ist wirtschaftspolitischer
Analyst.
npeigham@gmail.com

ARBEITSPLÄTZE

Beschäftigungsprogramme nötig

Der Markt alleine wird die in Afrika benötigten Arbeitsplätze nicht schaffen. Erforderlich sind gut konzipierte öffentliche Beschäftigungsprogramme (Public Works Programmes – PWP), die Jobs schaffen, Infrastruktur verbessern und arme Menschen stärken, einschließlich Frauen und Jugendlichen.

Von Joachim von Braun und Tekalign Sakketa

Afrika braucht jährlich rund 20 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Selbst eine erfolgreiche Politik kann das kaum leisten. Ohne Jobs wächst der Frust in der jungen Bevölkerung. Staaten müssen sich der Herausforderung stellen (siehe Beitrag auf Seite 20 dieser Ausgabe). Zur Wiederbelebung afrikanischer Volkswirtschaften nach der Corona-Krise werden Jobs noch wichtiger sein.

Die ländliche Entwicklung Chinas in den 1980ern wurde durch arbeitsintensive PWPs erheblich unterstützt. Die Programme bauten die lokale Infrastruktur auf und brachten viele Menschen in Arbeit. Ein ähnlicher Ansatz ist seit über zehn Jahren in Indien nützlich. 2005 wurde eine nationale Beschäftigungsgarantie für den ländlichen Raum eingeführt. Jeweils einer Person aus jedem armen ländlichen Haushalt stehen 100 Arbeitstage zum gesetzlichen Mindestlohn im Infrastrukturaufbau zu. Millionen partizipieren und viele Teilnehmende sind Frauen.

Afrikanische Politiker haben das zur Kenntnis genommen. PWPs lindern nicht nur die Armut benachteiligter Gemeinschaften, sie fördern Produktivität und treiben Wirtschaftswachstum an – und zwar besonders im ländlichen Raum. Daher setzt Afrika wieder vermehrt auf PWPs. Ihre Zahl stieg laut Weltbank von nur einer Handvoll im Jahr 2005 auf etwa 50 im Jahr 2015.

Trotzdem investieren Regierungen nur wenig Geld in PWPs. Es wäre sinnvoll, die Mittel aufzustocken und die Programmqualität zu verbessern. Bisher konzentrieren sich afrikanische PWPs auf den Aufbau der ländlichen Infrastruktur, etwa auf Bewässerung, Wiederaufforstung, Bodenschutz sowie den Bau und die Instandhaltung länd-



Verbesserungsbedarf: Landstrasse in Malawi.

licher Straßen. Neuere PWPs unterstützen aber auch junge Menschen und informelle Betriebe in Städten. Die Programme sollen Benachteiligte nicht nur schnell in Arbeit bringen, sondern ihre Chancen langfristig verbessern.

PWPs haben potenziell eine dreifache Wirkung:

- sie kommen direkt den Menschen zugute, die sie beschäftigen,
- sie verändern die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und können das Lohnniveau insgesamt steigern, und
- die öffentlichen Güter, die sie produzieren, verbessern das Geschäftsumfeld.

Natürlich sind die Auswirkungen je nach Land und Kontext unterschiedlich. Klar ist jedoch, dass PWPs das Leben armer Menschen verbessern. Besonders Frauen und Jugendliche profitieren.

Der Erfolg der PWPs hängt von umsichtiger Planung und guter Umsetzung ab. Ziele müssen klar definiert werden. Das Lohnniveau sollte andere Unternehmen

nicht beeinträchtigen. Bauarbeiten müssen in den Saisonen geplant werden, in denen viel Unterbeschäftigung herrscht. Die Kapazitäten afrikanischer Staaten sind eher schwach. Gut geplante PWPs können diese stärken und Regierungen helfen, ihre Entwicklungsziele zu erreichen. Es ist wichtig, aus Erfahrungen in Afrika zu lernen und die Erfolge Chinas oder Indiens zu berücksichtigen.

Vielerorts zeigen sich bereits Erfolge. Im ländlichen Äthiopien beispielsweise kombiniert das Productive Safety Net Programme (PSNP) ein PWP-Elemente mit der Förderung von Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Studien zeigen, dass die Viehbestände in der Folge zugenommen haben und die Hungerphasen verkürzt wurden. Private Investitionen und Transfers wurden nicht erschwert.

Politische Entscheidungsträger sollten folgende Dinge bedenken:

- PWPs sind wichtig, um Armut und Arbeitslosigkeit von gering qualifizierten Menschen in Afrika zu bekämpfen. Jetzt ist die Zeit zu handeln.
- PWPs erfordern ergänzende Maßnahmen, wobei besonders ländliche Entwicklung gefördert werden sollte.
- PWP-Wirkungen verbessern sich, wenn Geschlechteraspekte berücksichtigt werden.
- Monitoring und Evaluierung sind nötig, um aus PWPs Lehren zu ziehen.

Wie immer muss Politik gut konzipiert und umgesetzt werden. PWPs bieten Regierungen eine Chance, sich zu beweisen.

LINK

Sakketa, T. G., und von Braun, J., 2019: Labour-intensive public works programs in sub-Saharan Africa: Experiences and implications for employment policies. ZEF Working Paper. https://www.zef.de/fileadmin/user_upload/ZEF_WP_180.pdf



JOACHIM VON BRAUN
ist Direktor des Center for
Development Research (ZEF)
der Universität Bonn.
jvonbraun@uni-bonn.de



TEKALIGN SAKKETA
ist Wissenschaftler am ZEF.

